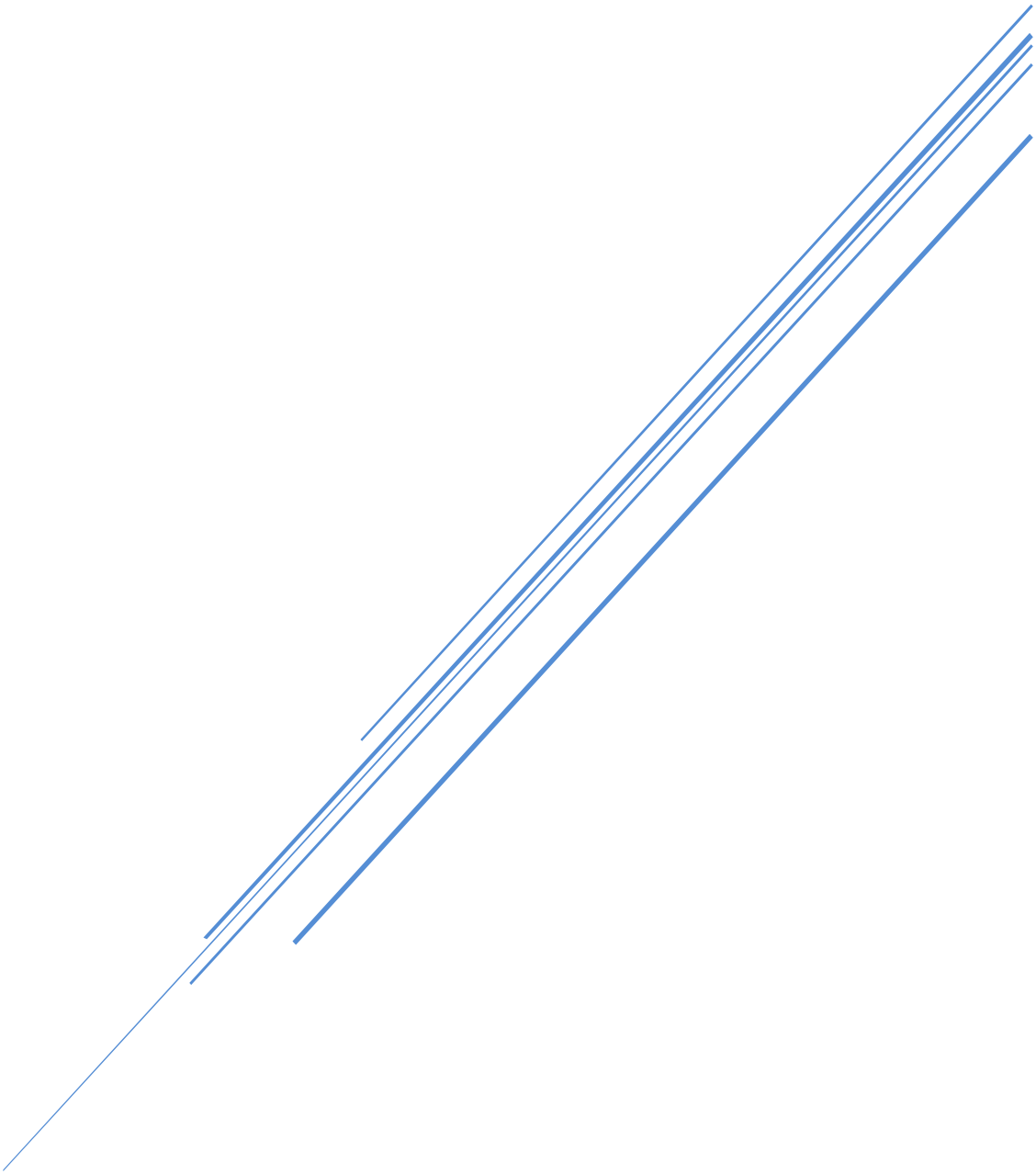
ZUR DEBATTE:
NSLB - MAX TRAEGER UND DIE GEW

MATERIALIEN



‚Was bisher geschah'

Dezember 2016 Nummer 1

FORSCHUNGSSTELLE
NS-PÄDAGOGIK an der Goethe-Universität Frankfurt am Main

FORSCHUNG I DOKUMENTATION I LEHRE

Postadresse

apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Fachbereich Erziehungswissenschaften -
Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft
Campus Bockenheim / Juridicum Haus-Postfach 96
Senckenberganlage 31-33
D-60325 Frankfurt am Main -

e-mail: BOrtmeyer@t-online.de

Benjamin Ortmeyer – Forschungsstelle NS-Pädagogik – Goethe-Universität – BOrtmeyer@t-online.de

An die Vorstände der Landesverbände der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anbei übersenden wir Euch die vom AStA der Goethe-Universität herausgegebene Broschüre, die vor allem den Offenen Brief der GEW-Studis (BASS) zur Frage einer Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung und des Umgangs der GEW mit dem „Nationalsozialistischen Lehrerbund" (NSLB) in ihrer Gründungszeit und den Jahren danach betrifft.

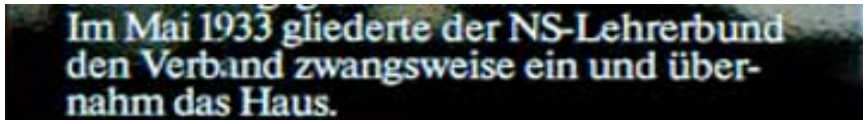
1. Die bisherige Entscheidung der Bundesvorsitzenden der GEW und des geschäftsführenden Vorstandes, das Problem außer Haus zu geben, einer Kommission von hoch angesehenen Spezialisten zu übergeben, kann in Hinblick auf die Personalien von Max Traeger und anderer damaliger Spitzenfunktionäre der GEW durchaus sinnvoll sein. Allerdings möchte ich darauf aufmerksam machen, dass ich hier die große Gefahr sehe, **dass die Diskussion aus der GEW herausgehalten werden soll**. Vor allem aber geht es ja nicht in erster Linie um Max Traeger, sondern darum, wie die GEW nach 1945 mit dem NSLB umgegangen ist. Und das ist mit Sicherheit in den sogenannten „neuen" Landesverbänden (mit auch interessanten und wichtigen historischen Fragen) anders als in den Landesverbänden der BRD gewesen. Insbesondere in diesen „alten" Bundesländern müssen von Landesverband zu Landesverband, aber auch in den Bezirksverbänden und den Gliederungen der GEW umfangreiche lokale Forschungen in den örtlichen Archiven stattfinden, um die – sich aus allgemeinen Überlegungen ergebenden, gut begründeten – Thesen über das Verhältnis von GEW und NSLB durch eine Fülle lokaler Studien zu konkretisieren. Dabei können und sollen gerade auch erhellende Ausnahmen im Detail herausgearbeitet werden, wie sie an der Spitze etwa Heinrich Rodenstein als klarer Nazi-Gegner demonstriert.

Die hierbei erste zentrale Frage mit weitreichenden Folgen lautet:

Sind die alten Lehrerverbände wirklich – wie die Gewerkschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter in die DAF – zwangsweise in den NSLB eingegliedert und enteignet worden?

In den ersten lokalen Studien, vor allem aber auch in zentralen Forschungen zeichnet sich deutlich ab, dass die große Mehrheit (mit Ausnahmen!) der alten Lehrerverbände mit fliegenden Fahnen und großen Hoffnungen Adolf Hitler, der NSDAP, dem NSLB ihre Zustimmung ausdrückte, **sich freiwillig dem NSLB anschloss und freiwillig das gesamte Vermögen der alten Lehrervereine dem NSLB schenkte**. Wenn diese Frage durch eigene detailliertere Arbeiten der GEW in lokalen

Studien verifiziert werden wird, dann ist das, was – von wem auch immer – wie in Stein gemeißelt in Hamburg vor dem Curiohaus steht (wie hier abgebildet), eine Lebenslüge der ersten Generation der GEW-Spitze, die bis heute wirkt. **Es ist die Geschichtslüge von der „zwangsweisen" Eingliederung in den NSLB.**



2. An dieser Geschichtslüge hat Max Traeger mitgewirkt und bei der Aufdeckung dieser Geschichtslüge wird auch deutlich werden, dass die GEW keinesfalls rechtmäßig der Nachfolger des NSLB oder der Verbände war, die freiwillig dem NSLB beigetreten waren. Der Sache nach konnte die GEW in diesen Fällen nicht (wie etwa die IG Metall das Vermögen der DAF) rechtmäßig das Vermögen des NSLB übernehmen. Es bleibt lokal zu prüfen, ob und wo das doch geschehen ist.

Ich nutze diesen Brief auch um deutlich zu machen, dass die Formel von „**zuerst intern in der GEW**" eine Paradoxie enthält. Sind mit „intern" 28 Personen gemeint, oder 280 Personen, oder 2.800 Funktionsträger der GEW? Ist das die GEW? Oder bedeutet „intern" eben, dass die große Mehrheit der 280.000 Mitglieder der GEW aus dem Diskurs ausgeschlossen wird?

In einer großen Gewerkschaft, die alle Mitglieder einbeziehen will, gibt es keine geschlossene ‚interne' Diskussion. Daher ist es völlig richtig, von vornherein – aktuelle Personalfragen ausgenommen – wichtige Fragen öffentlich zu diskutieren – auf den Homepages der Gewerkschaften oder auch in den Gewerkschaftszeitungen. Die Vorstellung, dass eine böse Presse mit schlechten Nachrichten über die GEW vor der Tür zu halten ist, zeugt von Weltfremdheit und erinnert eher an das Gehabe von Funktionären des DFB oder des ADAC. Daher ist es auch völlig unverständlich, dass der Offene Brief der GEW-Studis (BASS) nicht auf die Homepage der Bundes-GEW hochgestellt wurde und ich bitte dringend, diesen falschen Beschluss bei Gelegenheit zu revidieren und wenigstens auf die Homepages der Landesverbände den Offenen Brief hochzuladen und die eigenen Mitglieder zu Diskussion und Forschung über diese Fragen einzuladen.

In der Hoffnung auf produktive, auf das Thema zentrierte Diskussionen (ohne Strafmaßnahmen und Drohung, ohne Ablenkungsmanöver auf unwesentliche Fragen und Formfragen), verbleibe ich mit besten gewerkschaftlichen Grüßen

Euer Benjamin

PS: Im Anhang meine etwas genaueren Vorschläge an die Bundesvorsitzende, die nach einem ers-ten Gespräch leider noch unbeantwortet sind, sowie kurz Auszüge aus Dokumenten 1998 und 2008.

Bundes GEW

Erste Überlegung zur Aufgabenstellung und zur Quellenlage des Forschungsprojektes: NSLB-GEW (Kurzfassung)

1. Zentral und lokal Forschung

Als Forschungsstelle NS Pädagogik, mit unserem umfangreichen Archiv, der Forschungserfahrung und der schon vorliegenden Forschungsergebnisse können wir in der Öffentlichkeit deutliche Hinweise geben, was eigentlich getan werden müsste, (aber von uns selbst aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht mehr geleistet werden kann):

- sowohl von einem **zentralen Forscherteam,** das sich um die Spitze des NSLB und der GEW in den ersten zehn Jahren kümmern musste,

- als auch vor allem durch die **lokale Forschung**, die nur mit den engagierten Mitgliedern der GEW (den GEW Lehrkräften, den GEW Studis, den GEW Lern die in der Hochschule arbeiten und interessierten außerhalb der GEW, geleistet werden kann und die lokalen Akten sichern und auswerten.

Beide Ebenen der Forschung müssen logischerweise miteinander verschränkt werden.

2. Die Forschungsfragen

Die Forschungsfragen sind vielfältig und sollten nach unserer Einschätzung im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in folgende Richtung gehen:

ERSTENS: Kenntnis der Lehrkräfte-Organisationen vor 1933, die Übergänge in den NSLB und die personellen Überschneidungen zwischen dem NSLB und der GEW. Es geht um die Behauptung der „Zwangsgleichschaltung contra der Frage der „freiwilligen“ Übergabe der Organisationen mit ihrem Vermögen an den NSLB. (Wie funktionierte die Gleichschaltung?)

ZWEITENS: Die Phase der Entlassung nazistischer Lehrkräfte nach 1945, ihrer Verfahren der Entnazifizierung. Dann ab Gründung der GEW die Haltung der GEW öffentlich und das reale Handeln zur Unterstützung der Wiedereinstellung (Renazifizierung). (Wer und in welchem Umfang wurde entlassen und dann wieder eingestellt, welche Rolle spielte die GEW und ihr Rechtsschutz)

DRITTENS die Sichtung der männlichen und (vereinzelt auch) weiblichen Funktionäre und gewählten Repräsentanten der GEW sowie der Autorinnen und Autoren in den zentralen GEW-Zeitschriften bis in die 70er Jahre in Hinblick auf Publikationen und Funktionen in der NS-Zeit. (Welche personellen Überscheidungen zwischen NSLB und GEW gab es?)

VIERTENS die Analyse der in den Kongressen und Publikationen der GEW mehrheitlich und von Minderheiten vorgetragenen Positionen zur NS-Zeit und zur NS-Ideologie bis in die 70er Jahre. (Welche Diskurse wurden innerhalb der GEW mit welchem Stellenwert geführt?)

3. Zur Erschließung der nötigen Quellen

Vorab müssen die bisherigen Forschungen und Forschungsergebnisse zentral und lokal gesichert werden.

ERSTENS: Es muss ein Zugang zu den zentralen Akten des NSLB im Bundesarchiv und anderen Archiven erforscht und insbesondere auch die Personalunterlagen der Funktionäre des NSLB aus der

NS-Zeit gesichtet werden. Es müssen insbesondere die Autoren der 30 NSLB Zeitschriften und der Funktionäre in den internen NSLB Akten systematisch mit Kurzkommentaren in einer Datei erfasst werden, um sie auch der lokalen Forschung zur Verfügung zu stellen. Es müssen auch die Kongresse und Konferenzen des NSLB zentral erfasst und ausgewertet werden.

ZWEITENS: Zentral müssen auch die zentralen Zeitschriften der GEW und ihrer Vorläufer zumindest bis 1955 ausgewertet und auf die Überschneidungen personell, insbesondere bei den Funktionären und den Autoren der zentralen Zeitschrift mit dem NSLB-Archiven abgeglichen werden. Das gilt insbesondere auch für die Zeitschrift der GEW: Die Deutsche Schule. Hier ist über die Rolle von Heinrich Roth genügend geforscht worden - auch wenn über die ausgezeichnete Einschätzung dieser Zeitschrift in der NS-Zeit hinaus nicht die Biografie der Autoren dieser Zeitschrift im Hinblick auf weitere Tätigkeit in der GEW überprüft wurde.

Von ganz besonderem Interesse und auch das kann zentral untersucht werden sind die Anträge und Protokolle der ersten GEW Kongresse und ihrer Vorläufer, wobei hier auch unbedingt die Kongresse der damaligen Bundesländer und Westberlin mit einbezogen werden müssen.

DRITTENS: An dieser Stelle ist es nötig auf die Unterschiede zwischen den westlichen Bundesländern und den Gebieten in der SBZ, dann ab 1949 in der DDR einzugehen. Die bisherigen Forschungen gehen davon aus, dass gravierender Unterschiede existierten und dort in viel größerem Umfang konsequent Entlassungen vorgenommen wurden. Es wurde mit einem Programm für Junglehrer versucht, dem durch die Entlassung entstandenen Mangel an Lehrkräften entgegenzuwirken. Hier sind die Landesverbände der GEW in diesen Gebieten gefordert, die existierenden Ergebnisse auch lokal zu untermauern oder zu hinterfragen, je nachdem was dabei herauskommt. Aber es nicht kühn zu behaupten, dass in dieser Hinsicht in den ersten Jahren der sowjetischen Besatzungszone und der DDR bei allen großen Problemen etwa im Kampf gegen Judenfeindschaft doch wesentlich klarer gegen die Nazis vorgegangen wurde als in den anderen Besatzungszonen und insbesondere seit 1949 und 1955.

VIERTENS: Das größte Anliegen ist jedoch, dass sich Gruppen lokal innerhalb und außerhalb der GEW bilden, die systematisch auch mit Hilfe anhand der zentralen Untersuchungsergebnisse durch eigene Forschung in den Kellern der GEW Büros, der Stadt Archive, Schularchiven und der Personalakten sowie den Unterlagen aus den lokalen NSLB Zeitung und Autoren und Artikel in lokalen GEW Zeitung sichten und auswerten. Dabei geht es auch darum, die ersten lokalen GEW Kongresse, soweit es geht flächendeckend auszuwerten.

4. Mögliche Konsequenten

Unstrittig dürfte sein, dass die Ergebnisse und Zwischenergebnisse kontinuierlich zentral und lokal durch die Öffentlichkeit und die GEW-eigenen Kommunikationsmittel vorgestellt werden. Hier wird es nötig sein eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen mit Kongress-Charakter zur Diskussion und Abgleichung der Forschungsergebnisse durchzuführen.

Strittig wird dagegen sein, wie mit der gesamten Vermögensfragen nun umgegangen werden soll, auch wenn es sich nicht wie in Hamburg um ein vom NSLB arisiertes Haus handelt, dass dann der GEW zugesprochen wurde. Hier geht es nicht um Kleinigkeiten, sondern um Millionenbeträge, und hier ist die GEW gefordert, klar Stellung zu beziehen, vom Bundesland zu Bundesland, von Ort zu Ort, von Schulungsstätte zu Schulungsstätte.

27.11.2016,

Benjamin Ortmeyer

FORSCHUNGSSTELLE
NS-PÄDAGOGIK an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
FORSCHUNG | DOKUMENTATION | LEHRE

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Fachbereich 04
Erziehungswissenschaften

Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich Erziehungswissenschaften

An die Vorsitzende der GEW
Marlis Tepe
Reifenbergerstr. 21
60 489 Frankfurt/M

Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft
Forschungsstelle NS-Pädagogik
apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer
Senckenberganlage 31 -33 Post-Fach 96
60325 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0)69 798 22091
E-Mail BOrtmeyer@t-online.de
Raum 511 (Juridicum)

4.10. 2016

Liebe Kollegin Tepe,

am Montag, den 10. Oktober soll im Beltz Verlag das Buch über den NSLB erscheinen. Ich habe im letzten Kapitel auf den Zusammenhang zwischen dem NSLB und der GEW verwiesen. Ich hoffe, dass das letzte Kapitel auch zu Diskussionen in der GEW beiträgt. Es geht um den institutionellen und personellen Zusammenhang zwischen NSLB und GEW, eine Debatte ich ja schon zweimal vor Jahren in Offenen Briefen an den Hauptvorstand der GEW versucht habe auf die Tagesordnung zu bringen. Nun also der dritte Anlauf. In Kürze die Kernpunkte, die GEW betreffen:

Die alten Lehrervereine wurden nicht wie die Metallergewerkschaft und anderer Gewerkschaften der Arbeiterinnen und Arbeiter von den Nazis zerschlagen, ihre Funktionäre verhaftet und ins KZ gesteckt. Wer etwas anderes behauptet, macht sich einer Geschichtslüge schuldig.
Insbesondere die alten Lehrervereine, gerade auch der alte Lehrerverein in Hamburg sind freiwillig, mit übergroßer Mehrheit und sehr wenigen Gegenstimmen, und mit fliegenden Fahnen in den NSLB eingetreten und hat den Nazis sämtliches Geld übergeben. Nach dem Krieg von einer Zwangsgleichschaltung und einem Raub der Kasse zu reden, ist, ich wiederhole es, eine Geschichtslüge. Genau damit hat sich Max Träger unangenehm hervor getan und deswegen denke ich, dass nicht eine Stiftung und ein Haus der GEW nach diesem NSLB, GEW und späteren FDP Mann benannt werden sollte.

Vielleicht macht es Sinn, dass wir vor der Veröffentlichung des Buches und entsprechender Presseveröffentlichung uns einmal zusammensetzen. Denn ich würde gerne mit dem Hauptvorstand der GEW diese Diskussion organisieren, ungern ohne sie und schon gar nicht gegen den Hauptvorstand und gegen die Vorsitzenden. Aber ich bin auf alle drei Möglichkeiten eingerichtet, wie ihr ja anhand der unseligen Geschichte um das Deutschlandlied wisst, als Uli Thöne erst zugestimmt, dann sich zurückgezogen hatte. Vielleicht findet sich ja wenigstens ein Telefontermin, wenn der Terminkalender schon zu voll ist. (0179 92 34 577)

Ich schicke den Brief auch an Andreas Keller und an den Pressesprecher Ulf Rödde als Mail ebenso wie an BASS, Jochen Nagel und an Karola Stoetzel, mit denen ich seit Jahren über diese Themen schon im Kontext der GEW diskutiere.

Liebe Kollegin Tepe, ich mache das nicht gegen die GEW, ich selbst bin seit über 40 Jahren Mitglied der GEW und in den verschiedensten Gremien unterwegs gewesen und heute noch unterwegs. Es geht mir darum, dass man vor der eigenen Haustür graben muss, - grabe, wo Du stehst,- wenn mit einer gewissen Glaubwürdigkeit die Auseinandersetzung mit der Naziideologie und der Nazipädagogik auch im aktuellen Kontext erfolgen soll.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen,

Benjamin Ortmeyer

FORSCHUNGSSTELLE
NS-PÄDAGOGIK an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
FORSCHUNG I DOKUMENTATION I LEHRE

Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich Erziehungswissenschaften
apl. Prof. Dr . Benjamin Ortmeyer

An die GEW Vorsitzende

Marlis Tepe

Fachbereich 04
Erziehungswissenschaften

Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft
Forschungsstelle NS-Pädagogik
apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer
Senckenberganlage 31 -33 Post-Fach 96
60325 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0)69 798 22091
E-Mail BOrtmeyer@t-online.de
Raum 511 (Juridicum)

7. November 2016

Liebe Kollegin Tepe,

Da ich erfahren habe, dass die zuständigen Gremien der Bundes-GEW nicht zugestimmt haben, dass der Offene Brief der BASS zu ***Max-Traeger-Kein Vorbild*** auf Eurer Homepage veröffentlicht werden darf, wende ich mich rasch an Dich, da ich davon ausgehe, dass Du dieser Maßnahme, die wirklich gewerkschaftsdemokratische Fragen aufwirft, nach reiflicher Überlegung dann doch nicht zustimmen kannst. Falls Du Deine Position noch nicht klar gemacht hast, würde ich Dich bitten, sehr deutlich auch öffentlich zu erklären, dass hier ein falscher Beschluss gefasst wurde.

Ich sage das, um Schaden von der GEW, die auch meine GEW seit über 40 Jahren ist, abzuwenden. Der Eindruck, dass administrativ, ja repressiv auf Aufforderung zur Diskussion reagiert wird, weil ganz bewusst nicht die Regeln des Deutschen Fußballbundes, alles erst intern diskutieren zu müssen, eingehalten wurde, ist fatal , insbesondere für die Öffentlichkeit und die Studierende. Nirgends, in keiner Satzung der GEW ist ein solch repressives Vorgehen festgelegt. Es ist eine falsche, schlechte Tradition die dem demokratischen Prinzip ***res publica*** widerspricht. Personelle Fragen und Kleinigkeiten kann man immer zunächst intern diskutieren, aber alle wesentlichen Fragen gehören in die Öffentlichkeit, gerade bei einer Gewerkschaft, die ja einen demokratischen Anspruch, anders als die Deutsche Bank oder der ADAC, hat.

Liebe Kollegin Tepe, es würde mich freuen wenn wir unsern vor kurzem begonnen Dialog nicht abbrechen lassen. Ich erlaube mir, Dich an meine beiden alten Offenen Briefe 1998 und 2007 zu erinnern. 1999 kam es daraufhin zu einer Diskussion immerhin in der Zeitschrift Erziehung und Wissenschaft mit Dieter Wunder. Eine Kopie lege ich noch einmal bei. Auch nach dem zweiten Offenen Brief hat mir Kollege Thoene einen freundlichen Brief geschrieben, den ich ebenfalls beigelegt habe. Immerhin wurde ja dann, sicherlich nicht nur wegen meiner Forderung, die Zeitschrift des NSLB ***„Die deutsche Schule“*** (die ja mit und trotz des peinlichen Namens und der NSLB-Vorgeschichte von der GEW nach 1945 herausgegeben wurde)

analysiert und die Sondernummer zu diesem Thema wurde auf dem Gewerkschaftstag 2009 verteilt. Hier ein kurzer Hinweis: es ist unerträglich dass eine Zeitschrift, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft herausgegeben wird heute noch „Die deutsche Schule“ heißt. Bei allem Respekt vor Tradition, hier ist Respektlosigkeit angebracht: es wäre dringend nötig, diese Zeitschrift, die auch eine neue Redaktion nach der Ära Heinrich Roth hat, mit dem Namen „Schule in Deutschland“ herauszugeben. Eine ***deutsche*** Schule gibt es Gott sei Dank schon lange in der Realität nicht mehr.

Ich hoffe, dass Du auch Interesse an meinem Versuch hast, mit dem Landesverband der GEW Hamburg so gut es geht im Dialog und in der Diskussion zu bleiben. Ich lege Dir meine Brief und meine Gegendarstellung bei.

Ich habe mit Interesse verfolgt, und sammle das gerne, welche Gegenargumente, ernsthafte und ihr peinliche, bisher in dieser Debatte gefallen sind. Es ist klar, dass ich sehr gerne und sehr genau auf alle vorgetragenen Kritiken antworten werde, um eine produktive Diskussion, möglichst breit und nicht abgeschoben auf irgendwelche Sachverständigen im Rahmen der Mitgliederschaft der GEW und in der Öffentlichkeit zu führen.

Zu Deiner Information: es wird sicherlich eine Reihe von Veranstaltungen mit Buchvorstellung geben und Du hattest ja für März eine öffentliche Diskussion unter Deiner Regie angekündigt, auf die ich auch sehr gespannt bin. Auch die Anträge für den Gewerkschaftstag und die Debatte auf dem Gewerkschaftstag selber werden ja sicherlich auch das Ihre dazu beitragen, dass die breite Öffentlichkeit sieht, dass nun die GEW sich ernsthaft selbst und nicht durch Abordnung an irgendwelche Experten, vor Ort der Analyse ihrer Geschichte und der Analyse der Geschichte des NSLB stellt.

Mit besten Grüßen

Benjamin Ortmeyer

PS. Nicht versäumen möchte ich noch einmal deutlich zu sagen dass es nach wie vor für mich völlig unverständlich ist das Du den Aufruf von Brumlik und mir „Erziehung nach Auschwitz „nicht unterschrieben hast. Vielleicht könntest Du das ja nachholen, denn ich kann mir kaum vorstellen, aber vielleicht irre ich mich, dass Du einen Widerspruch zu diesem Aufruf hast. Ich hoffe ich kann mich auf ein Antwortbrief zu dieser Frage und den oben angeschnittenen Fragen freuen.

ANLAGE

- Artikel E&W 1/1999 „Auschwitz – Schädlich für das Nationalbewusstsein“
- Brief Uli Thöne an Benjamin Ortmeyer vom 23.8.2007
- Artikel: „“Die Deutsche Schule“ im Nationalsozialismus von Kollege Hoffmann-Oceon aus Die Deutsche Schule. Heft 2, 2008

GEW arbeitet ihre Geschichte auf

15.11.2016

Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen: Die Bildungsgewerkschaft will renommierte, unabhängige Historiker*innen für Forschungsvorhaben gewinnen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft arbeitet ihre Geschichte auf. Nach Sichtung bisheriger Veröffentlichungen durch den Historiker Jan Kellershohn will die GEW in Zusammenarbeit mit der GEW Hamburg jetzt renommierte, unabhängige Historiker*innen insbesondere für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen.

"Die Literaturrecherche zeigt, dass sich die GEW seit vielen Jahren und an ganz unterschiedlichen Stellen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat – rund 30 Seiten Literaturliste zeugen von der Intensität der Diskussion. Die Übersicht macht aber auch deutlich, dass die Geschichte der GEW bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Wir haben die Hinweise des Erziehungswissenschaftler Benjamin Ortmeyer aufgenommen, der der GEW-Spitze in einem persönlichen Gespräch interessante Informationen und einen Impuls gegeben hat, diese große und wichtige Aufgabe anzugehen", sagte GEW-Vorsitzende Marlis Tepe am Dienstag in Frankfurt a. M.
"Die GEW will sich ihrer Vergangenheit stellen und ist bereit, Konsequenzen zu ziehen. Deshalb werden wir die Forschungsresultate ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Im Rahmen dieses Projekts soll auch zur Vita des ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger geforscht werden."

https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gew-arbeitet-ihre-geschichte-auf/

FORSCHUNGSSTELLE
NS-PÄDAGOGIK an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
FORSCHUNG | DOKUMENTATION | LEHRE

Goethe-Universität Frankfurt am Main
Fachbereich Erziehungswissenschaften

GOETHE UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

Fachbereich 04
Erziehungswissenschaften

Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft
Forschungsstelle NS-Pädagogik
apl. Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer
Senckenberganlage 31 -33 Post-Fach 96
60325 Frankfurt am Main
Telefon +49 (0)69 798 22091
E-Mail BOrtmeyer@t-online.de
Raum 511 (Juridicum)

27.11.2018

Liebe Kollegin Tepe,

Es freut mich, dass die Initiative des BASS und meine Publikationen (Buch und Pressegespräche) dazu geführt hat, dass der Hauptvorstand nun schriftlich und öffentlich die Aufgabe der Analyse der Geschichte der GEW im Kontext der NS-Zeit gestellt hat.

Ich habe auch schon Kontakt mit dem jungen Kollegen Jan Kellershohn aufgenommen und ihm unser umfangreiches Archiv zu Publikationen des NSLB und unsere Möglichkeiten helfend angeboten, da ich finde, er hat in kurzer Zeit wirklich eine gute Recherchearbeit geleistet. Aber er hat mir mitgeteilt, dass er an seiner Dissertation im Rahmen eines Stipendiums arbeiten will und sein Thema weit weg von dieser Fragestellung der GEW angesiedelt sei.

Nun wird es sicherlich nicht leicht sein, Kolleginnen und Kollegen zu finden, die ihre volle Arbeitskraft auf ein solches Projekt ausrichten können. Wo ich kann, werde ich helfen (anbei erste Überlegungen zu solch einer Forschung) und Material zur Verfügung stellen - das ist selbstverständlich. Aber wie ihr wisst, bin ich bald nicht mehr an der Goethe-Universität. Ich muss bis dahin meine eigenen vielfältigen Verpflichtungen und Aufgaben hier erledigen.

Bitte diskutiert folgende Überlegungen, die ich auch öffentlich vertreten werde:

1. Es wäre falsch, wenn eine zentrale Forschungsstelle zu diesem Thema nicht ergänzt würde durch sehr umfassende Aktivitäten vor Ort. **Die Kombination von zentraler Forschung und lokaler Forschung ist gerade bei einer solchen Fragestellung von entscheidender Bedeutung.**

2. Außerdem gehört nach meiner Meinung in die Fragestellung eines solchen Projektes auch eine gut dokumentierte Darstellung, dass und wie eben die alten Lehrervereine **nicht zwangsweise, sondern - - zumindest in der großen Mehrheit - freiwillig in den NSLB** eingetreten sind. Ohne die Klärung dieses Punktes ist die Frage des Übergangs vom NSLB in die GEW etwa was Vermögensfragen angeht, aber auch die Übernahme der Zeitschrift des NSLB „Die deutsche Schule“ durch die GEW nicht zu verstehen.

Ich habe dem Kollegen Jan Kellershohn auch einige Dokumente, die leicht zu finden sind ,über führende GEW Kollegen, die vorher im NSLB publiziert haben, zugänglich gemacht. Ihr selbst müsstet ja nun auch mitbekommen haben das einer der führenden Köpfe der Zeitschrift der GEW „Die deutsche Schule“ **Heinrich Roth**, der als Namensgeber für einen Preis der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften vorgeschlagen wurde, wegen seiner Nazitiraden und seiner Tätigkeit in der NS-Zeit nach kurzer Intervention von Micha Brumlik von der DGfE als Namensgeber zurückgezogen wurde. Von der GEW, dem Hauptvorstand oder der Vorsitzenden der GEW, also von Dir, habe ich übrigens zu dem für die GEW wichtigen Vorgang nichts

mitbekommen. Aber das ist ein ganz wichtiger Punkt, was die Spitze der GEW in den sechziger, siebziger (bis zu Beginn der achtziger Jahre) anging – ein Beispiel für die Auswirkungen bis heute.

3. Erlaube mir noch einen dritten Punkt: es kann nicht darum gehen, durch ein Team von Experten eine laufende Diskussion bzw. einen laufenden Diskurs nicht aufkommen zu lassen oder abzubrechen. Das wäre das Schlimmste was passieren könnte: dass die wissenschaftliche Forschung und lokale Forschung dafür missbraucht werden, schon klare Forschungsergebnisse nicht zu akzeptieren und **strittige Fragen längere Zeit nicht zu debattieren.**

Liebe Marlis,

auf meinen letzten Brief (vom 7.11.16) hast Du nicht geantwortet. Ich hänge ihn nochmals an. Das finde ich schade, denn mir ist neben einer öffentlichen Auseinandersetzung auch an einer internen Auseinandersetzungen gleichzeitig gelegen.

Logischerweise weiß ich nicht, ob Du nun diesen Brief beantworten möchtest oder nicht, selbstredend geht es nicht um eine formale Bestätigung oder Antwort, sondern um eine inhaltliche Fragestellungen.

Gerne informiere ich Dich auch darüber, dass ich ab nächstem Jahr auf einer Reihe von Buchvorstellungen gerne auch öffentlich mit Vertretern der GEW debattieren werde. Unbeschadet freue ich mich natürlich auch auf Deine zunächst formlose Ankündigung, dass unter Deiner Federführung, oder genauer der Federführung des geschäftsführenden Vorstandes/Ausschusses der GEW eine Diskussionsveranstaltung, zu der ich auch eingeladen werde, stattfinden wird. Du hattest den März genannt.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen

Benjamin Ortmeyer

PS: Ich wiederhole noch einmal, dass ich glaube, dass es gerade in der Öffentlichkeit ganz, ganz schlecht ankommt, dass die GEW Studis ihren Offenen Brief nicht auf ihrer Seite der Homepage der Bundes-GEW veröffentlichen dürfen, aber das ist nur die eine Seite des Problems. Die andere Seite ist, dass ich wirklich ganz und gar nicht verstehe, warum man nicht mit einem normalen Pro-Kontra eine Debatte austrägt, sondern aus meiner Sicht formal und bürokratisch eine Diskussion auf prozentual sehr wenige GEW-Mitglieder reduzieren will, aber 280 000 GEW Mitgliedern davon erst etwas erfahren dürfen, wenn es intern von 1 % abgeklärt ist. Aber, das hatte ich ja sicher schon geschrieben - das ist nicht einer gewerkschaftlichen, basisorientierten, lebendigen demokratischem Atmosphäre in der GEW dienlich.

Bitte verwende diesen Brief nach Belieben, vor allem sicher mit den Kollegen, mit denen wir zusammen gesessen haben, aber auch gerne darüber hinaus. Ich hoffe, da es ja kein privater Brief ist, dass es für Dich auch ok ist, dass ich den Brief auch an die GEW-Kolleginnen und Kollegen, die aktuell an der Debatte schon eingebunden sind, weitergebe, und sie um ihre Meinung bitte.

BASS Kritk gegen Zensur

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Vorlage für die Sitzung des HV-058/16

☐ **GV am**

☐ **KoVo am**

☒ **HV am 04./05. November 2016**

TOP

Betr.:
Antrag auf Nutzung der BASS-Homepage durch den BASS

Antragsteller/in: BASS
Berichterstatter/in: Sven Lehmann

Finanzwirksamkeit (ankreuzen)	☐ Ja	☐ Nein
Summe:		Haushaltsstelle:

Antragstext:

Die GEW erlaubt dem BASS die Nutzung der BASS-Seite auf der GEW-Homepage. Ein Hinweis auf den offenen Brief "Max Traeger - Kein Vorbild" darf auf der Unterseite des BASS online gestellt werden.

Begründung:

Wir stellen hiermit aus gegebenem Anlass den förmlichen Antrag an den Hauptvorstand, die BASS-Seite der GEW-Homepage als BASS nutzen zu dürfen. Konkret möchten wir, dass ein Hinweis auf unseren offenen Brief "Max Traeger - Kein Vorbild" auf der Unterseite des BASS veröffentlicht werden darf.

Wir haben schriftlich mehrfach darum gebeten, dass auf der BASS-Seite der GEW ein Hinweis auf unseren offenen Brief veröffentlicht werden darf und in diesem Zusammenhang erklärt, weshalb uns dieses Anliegen sehr wichtig ist. Nach mehreren mündlichen wie schriftlichen Nachfragen (18.10., 28.10., 01.11.) wurde uns am 02.11. mündlich mitgeteilt, dass der GV am 01.11. einen Beschluss getroffen hätte:

Nach diesem Beschluss dürfe der offene Brief des BASS nicht auf der Seite des BASS erscheinen - der BASS dürfte die BASS-Seite weder für einen kurzen kommentierten Hinweis noch für eine Verlinkung des offenen Briefes nutzen.

Wir haben uns bemüht, den GV-Mitgliedern zu erklären, warum uns unser offener Brief ein wichtiges Anliegen ist. Einen derartigen Zensur-Beschluss können wir in dieser Form nicht akzeptieren. Auch kontroverse Debattenbeiträge müssen zur Diskussion gestellt werden können - andernfalls wäre eine basisdemokratische gewerkschaftliche Debatte schlichtweg nicht möglich. Wenn wir unsere eigene BASS-Unterseite nicht nutzen können, um die Arbeit des BASS zu dokumentieren, erschließt sich uns zudem der Sinn der Homepage nicht mehr.

In einem persönlichen Gespräch hat die Vorsitzende uns am 02.11.
darauf hingewiesen, dass uns als letzte Möglichkeit die Option bleibt, gemäß der Satzung einen Antrag an den Hauptvorstand zu stellen und so dem getroffenen GV-Beschluss zu widersprechen. Von dieser Möglichkeit machen wir hiermit notgedrungen Gebrauch. Wir beantragen beim Hauptvorstand der GEW die Erlaubnis, unsere BASS-Seite nutzen zu dürfen.

04.11.16

BASS-Kommentar vom 15. November 2016

So sieht die Homepage des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW aus, und hier sollte eigentlich der Offene Brief an den Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW mit dem Titel **Max Träger-kein Vorbild!** erscheinen

Aber wir hatten nicht mit dem **antidemokratischen Getue** der GEW-Spitze gerechnet: trotz mehrerer Bitten, Aufforderungen, Anträge an den geschäftsführenden Vorstand und den Hauptvorstand der GEW wurde uns auf der eigentlich für uns reservierten Seite der Homepage der GEW dies schlicht und einfach verboten. **Wir nennen so etwas Zensur**.

Was ist der nächste Schritt? Wird die Spitze der GEW ein Ausschlussantrag gegen uns wegen angeblich gewerkschaftsfeindlichem Verhalten stellen, weil wir nichts weiter getan haben als eine Diskussion zu fordern über den Zusammenhang zwischen dem NSLB und der GEW sowie über Max Traeger als Namensgeber der Max-Traeger Stiftung, eine Diskussion die immer dringlicher wird.

Im Vorfeld des Gewerkschaftstages der GEW im Frühjahr 2017 können wir nur klar und deutlich sagen, dass es der Spitze der GEW nicht gelingen wird, uns mundtot zu machen. Ohne auch nur den Funken einer inhaltlichen Begründung wird geschimpft, geschrien, mit Unterstellungen gearbeitet – kurz einfach nicht inhaltlich auf das, was wir kritisieren, eingegangen.

Wir fordern weiterhin eine öffentliche Diskussion und wir fordern sehr deutlich, dass uns die Spitze der GEW die uns zustehende Diskussionsfreiheit auf der Homepage der GEW als ein Minimum innergewerkschaftlicher Demokratie zugesteht. Um es deutlich zu sagen:

Wir werden uns das nicht gefallen lassen! Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt!

Sprecherteam des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten in der GEW

ANTWORT AUF DIE BASS-KRITIK von ANDREAS KELLER

16 Nov 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Sven Lehmann und Matze Schröder haben euch darüber informiert, dass der Hauptvorstand dem Antrag des BASS, den Offenen Brief "Max Traeger - kein Vorbild" auf der GEW-Website zu veröffentlichen, mit überwiegender Mehrheit nicht zugestimmt hat. Tatsächlich gab es nur eine einzige Stimme (die von Sven) für den Antrag.

Ich möchte euch über die Gründe informieren, die gegen die Veröffentlichung vorgetragen wurden. Zum einen hat der BASS die - notwendige - Auseinandersetzung mit der Geschichte der GEW und Vita Max Traegers mit einem Offenen Brief gestartet, ohne zuvor das Gespräch mit dem GV, HV oder anderen GEW-Gremien zu suchen. Wir hatten nicht einmal eine "logische Sekunde" Zeit, zur Kritik und den Forderungen des BASS Stellung zu nehmen. Der BASS ist selbst im HV und damit im Kuratorium der Max-Traeger-Stiftung vertreten und schreibt diesem nun einen Offenen Brief mit schweren Vorwürfen an die GEW, ohne das im Offenen Brief enthaltene Anliegen dort jemals vorgetragen zu haben.

Zum anderen enthalten der Offene Brief und der diesem Anhang beigefügte Text von Benjamin Ortmeyer und Saskia Müller eine Reihe an Tatsachenbehauptungen, die entweder falsch oder nicht belegt sind.

Falsch ist etwa die Behauptung, die Geschäftsstelle der GEW in Frankfurt am Main heiße Max-Traeger-Haus (wurde in einer überarbeiten Version des Textes teilweise korrigiert). Nicht belegt ist etwa die die Aussage, die GEW habe sich "massenhaft" daran beteiligt, "berechtigte Sanktionen gegen NS-Lehrer_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen" (Offener Brief des BASS - Ortmeyer und Müller sprechen hierbei lediglich von einer "Hypothese"). Gänzlich unerwähnt bleibt, dass die GEW Hamburg die Geschichte des Gebäudes Rotenbaumchausee 19 aufgearbeitet hat und 2013 zu einem günstigen Preis an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft und 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg gespendet hat (https://www.gew-hamburg.de/themen/gew/zur-foerderung-juedischen-lebens-in-hamburg). Zusätzlich hat der Landesverband Hamburg beschlossen, den BERTINI-Preis (http://bertini-preis.hamburg.de/) mit jährlich 10.000 Euro zu unterstützen und in die Jury zu gehen sowie einen Fonds gegen Rassismus einzurichten (https://www.gew-hamburg.de/themen/aktionen-und-kampagnen/der-fonds-gegen-rassismus-der-gew-hamburg-0), der jährlich 10.000 Euro für Projekte zur Antirassismus-Arbeit bereitstellt.

Der BASS ist den Weg gegangen, die Auseinandersetzung über die Geschichte der GEW ohne die GEW und außerhalb der GEW zu führen - das hat der HV so zur Kenntnis genommen und entschieden, den bereits veröffentlichten Brief im Nachhinein nicht auch noch auf der GEW-Homepage zu veröffentlichen.

Unabhängig davon wird die GEW ihre Geschichte weiter aufarbeiten. Eine durch den Historiker Jan Kellershohn erstellte Literaturrecherche zeigt, dass sich die GEW seit vielen Jahren und an ganz unterschiedlichen Stellen mit ihrer Geschichte auseinandergesetzt hat, macht aber auch deutlich, dass die Geschichte der GEW bis heute nicht systematisch aufgearbeitet worden ist. Daher werden wir in Zusammenarbeit mit der GEW Hamburg renommierte, unabhängige Historikerinnen und Historiker insbesondere für die Erforschung der Gründungsgeschichte der GEW und der folgenden Jahre gewinnen. Im Rahmen dieses Projekts soll auch zur Vita des ersten GEW-Vorsitzenden Max Traeger geforscht werden. Die von Jan Kelleshohn erstellte kommentierte Bibliographie "NS-Kontinuitäten und Aufarbeitung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft nach 1945" kann auf der GEW-Website heruntergeladen werden: https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gew-arbeitet-ihre-geschichte-auf/

Viele Grüße

Andreas

GEW HAMBURG

Stellungnahme / Entgegnung zu einer Website der GEW Hamburg

Im Blog der GEW Hamburg, verlinkt auf der Website des BASS www.KeinVorbild.wordpress.com heißt es:

> „***In der Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ von Benjamin Ortmeyer wird der Eindruck erweckt, dass das Gebäude Rothenbaumchaussee 19, das 1935 von jüdischen Vorbesitzern von der GEW gekauft wurde, sich weiterhin in Besitz der GEW Hamburg befindet. Diese Behauptung ist unrichtig.***“

1.

Die Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ hat keinesfalls den **Eindruck** „erweckt, dass sich das Gebäude Rothenbaumchaussee 19 […] weiterhin in Besitz der GEW Hamburg befindet. Das Buch behandelt ausschließlich und bewusst in einer Überschrift markiert die Zeit bis ins Jahr 2010. In diesem Buch und auch vom BASS wurde auch niemals eine solche **„Behauptung“** aufgestellt. Interessanterweise gibt es auch nicht den Hauch eines Beleges. Was das Buch angeht: Ganz bewusst wird nur auf die Ereignisse bis 2010 eingegangen. Das steht so in der Überschrift. Ich habe mir auf gutem Grund erlaubt, zu dem Verkauf des Hauses Ro 19 durch die GEW Hamburg 2013 NICHTS zu sagen. Die These, dass deswegen eine „entscheidende Tatsache“ fehlt, leuchtet mir gar nicht ein. Was hat das mit der Umbenennung der Max-Traeger-Stiftung zu tun? **Was hat das mit der Klärung der Frage zu tun, ob der alte Lehrerverein HH freiwillig oder wie fälschlich behauptet wurde zwangsweise in den NSLB gegangen ist.** Die Fragen bleiben: Wieso hat die GEW denn NSLB-Vermögen erhalten? Das Problem NSLB-GEW überhaupt und die Vermögensübertragungen sollte sich aus meiner Sicht nicht allein auf Hamburg konzentrieren, sondern auf die gesamte GEW.

2.

Offensichtlich unter Druck geschrieben, enthält der Absatz auch folgende Mitteilung,

> ***„dass das Gebäude Rothenbaumchaussee 19, das 1935 von jüdischen Vorbesitzern von der GEW gekauft wurde“***

„von jüdischen Vorbesitzern von der **GEW gekauft“**? Wer sagt das denn? Das halte ich für eine peinliche Fehlleistung, die an einen Freudschen Versprecher erinnert, denn es war der **NSLB** der das Haus **ge**kauft hat. Dann bekam es – auf mich und andere nicht überzeugende – Weise die GEW. Die GEW hat es dann **ver**kauft. Soweit eine gewisse Richtigstellung. Ich gehe davon aus, dass es sich bei dieser schiefen Formulierung auf der Homepage um ein Versehen handelt.

3.

Das genannte Buch leistet nur die Aufarbeitung des Zentralorgans des NSLB. Im von mir formulierten letzten Kapitel, das sich fast vollständig auf Nette/Romey stützt, **fordere ich** (neben der Umbenennung der Max-Traeger- Stiftung) mit einem Ausblick auf anstehende Forschungen nach einem kurzen Überblick über das Verhältnis von NSLB und GEW **alle GEW-Mitglieder auf eine Recherche vor Ort** durchzuführen – nicht mehr und nicht weniger. Eine solche Recherche gibt es noch nicht. Die Recherche selbst steht seit über 60 Jahren aus – das ist der Kern. Die ein wenig überheblich geforderte „vollständige Recherche“ ist nicht Sache einer kleinen Forschergruppe, sondern – das ist der Kern – **die Sache der GEW** in allen Untergliederungen vor Ort. Anders geht es nicht. Die Hindernisse bei einer möglichst vollständigen Recherche sind: Akten wurden etwa massenhaft vernichtet, auch von der Rechtsschutzabteilung der GEW. Die Recherche wird also nicht vollständig sein können. So ist das in der Wissenschaft oft, zumal wenn in Hinblick auf die NS-Zeit Akten vor und nach 1945 vernichtet wurden.

Benjamin Ortmeyer

8.11.2016

Blog der GEW Hamburg 10.10:

Veröffentlichung erweckt den Eindruck, die GEW Hamburg habe Ro 19 nicht verkauft

10. Oktober 2016 / Geschrieben von: Webredaktion Thema:

GEW **„Aufarbeitung ja, aber auf Grund vollständiger Recherchen“**

In der Buchveröffentlichung „Die ideologische Ausrichtung der Lehrkräfte 1933–1945“ von Benjamin Ortmeyer wird der Eindruck erweckt, dass das Gebäude Rothenbaumchaussee 19, das 1935 von jüdischen Vorbesitzern von der GEW gekauft wurde, sich weiterhin in Besitz der GEW Hamburg befindet. Diese Behauptung ist unrichtig.

Bereits im Januar 2013 hat die GEW Hamburg das Gebäude Rothenbaumchaussee 19 an das Jüdische Bildungszentrum Chabad e.V. verkauft, wie in einer Pressemitteilung vom 25.2.2013 auch öffentlich gemacht wurde. Dabei wurde einerseits Chabad e.V. durch einen günstigen Kaufpreis von 2,5 Mio. Euro der Erwerb von Ro 19 und dem Hintergebäude 19a ermöglicht. Zudem wurde durch eine Spende von 400.000 Euro an die Jüdische Gemeinde in Hamburg auch besonders die Bildungsarbeit der Gemeinde unterstützt. Ebenso hat die GEW Hamburg beschlossen, aus ihrem Haushalt 10.000 Euro pro Jahr für einen Fonds zur Verfügung zu stellen, der sich gegen rassistische oder fremdenfeindliche Aktivitäten und für ein gleichberechtigtes, friedliches Miteinander der Menschen in Hamburg einsetzt.

„Als GEW Hamburg stehen wir der Aufarbeitung auch der dunklen Kapitel der GEW und seiner Vorläuferorganisationen offen gegenüber, wie die jahrelangen Diskussionen um das Haus Ro 19 gezeigt haben, die in einen Verkauf mündeten. Historische Aufarbeitung sollte auf Grund einer vollständigen Recherche passieren, nicht durch das Weglassen entscheidender Tatsachen“, so Fredrik Dehnerdt, stellvertretender Vorsitzender der GEW Hamburg.

Benjamin Ortmeyer

An den Vorstand der GEW Landesverband Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anbei sende ich – mit der Bitte um zeitnahe Antwort - meine Entgegnung auf Eure kleine Kritik, dass ich nicht auf den Verkauf des Hauses Büro 19 eingegangen bin. Ich hoffe, dass es im Rahmen gewerkschaftlicher demokratischer Selbstverständlichkeit für Euch kein Problem sein wird, meine Stellungnahme ebenfalls auf Eurer Homepage einzustellen. Zudem wäre es sicherlich, wenn ich das anmerken darf, höchste Zeit, dass gerade die GEW Hamburg den Offenen Brief der Studierenden vom BASS (vom LASS Hamburg unterstützt), auf ihre GEW-Landeshomepage stellt, zumal wenn daran Kritik geübt wird und außerdem wohl die Bundes-GEW-Verantwortlichen dies auf den Bass Seiten der Homepage der Bundes-GEW nicht zugelassen hat. **Ich würde mich freuen, wenn Hamburg hier mit gutem Beispiel voran geht**. Ich denke, es wird Gelegenheit geben, bei einer Buchvorstellung vor Ort in Hamburg auch die Diskussion fortzusetzen, die ich kurz per Mail telefonisch mit Frederik begonnen hatte. Dabei würde es mich freuen, wenn die GEW Hamburg eine solche Veranstaltung organisiert oder mitorganisiert. Auf jeden Fall denke ich, es wäre sinnvoll, dass ihr auf eine solche Veranstaltung kommt.

Ich denke, es würde die ganze Situation sehr entschärfen, wenn der Landesverband der GEW Hamburg, und sei‘s nur in einem Zweizeiler, klar die eigene Position formuliert:

1. Die Max-Traeger-Stiftung muss umbenannt werden.

2. Der alte Lehrerverein in Hamburg ist freiwillig in den NSLB eingetreten und hat freiwillig sein gesamtes Geld dem NSLB übergeben.

3. Die GEW in allen Gliederungen, nicht nur in Hamburg, muss vor Ort die personelle Kontinuität zwischen NSLB und GEW erforschen, die Aktenbestände in GEW-Büros, soweit vorhanden, sichern und zuständigen Archiven übergeben. (Letzteres habt ihr ja sicherlich schon getan)

Mit gewerkschaftlichem Grüßen

(7.11.2016)

PS: Ich hoffe, es ist in Ordnung, dass ich den Brief und die Entgegnung auch an die Kollegen Nette und Romey, sowie an die Vorsitzende der GEW und selbstredend an die LASS Hamburg, die so großartige Arbeit leistet, weitergeben habe.

Lieber Benjamin,

der Landesvorstand der GEW Hamburg antwortet Dir wie folgt:

Wir bedanken uns für dein Schreiben vom 8.11.2016. Die Hamburger GEW hat sich in der Vergangenheit kritisch ihrer Geschichte und der Geschichte ihrer Vorgängerorganisationen gestellt und wird dies auch weiterhin tun.

9.11. 2016

GEW Offenbach

GEW Berlin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Offenbach-Stadt

An den

Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Marlis Tepe, Vorsitzende

Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

Marlis.Tepe@gew.de

Offener Brief

Offenbach, am Jahrestag der Reichsprogromnacht 2016

Liebe Kollegin Marlis,

wir beziehen uns auf den Offenen Brief "*Max Traeger – kein Vorbild!*" des Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW an den Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW (https://keinvorbild.wordpress.com/). Der Kreisvorstand der GEW Offenbach-Stadt hat gestern einstimmig beschlossen, diesen Brief zu unterstützen und sich mit diesem Schreiben, das wir öffentlich machen und unseren Mitgliedern zur Verfügung stellen wollen, an Dich zu wenden.

Unser Kollege Prof. Dr. Benjamin Ortmeyer hat mit Dokumenten belegt, dass Max Traeger, 1932-1933 Mitglied der Deutschen Staatspartei, die sich in seiner Heimatstadt Hamburg in einer Koalition mit der NSDAP befand, 1933 als Vorsitzender des Lehrervereins der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" dessen Eingliederung in den Nationalsozialistischen Lehrerbund mitsamt der Übertragung seines Vermögens an die Nazis maßgeblich mit durchführte. Dass Max Träger nach dem Krieg versuchte, diesen Vorgang zu verschleiern und als erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Lehrerverbände (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft / Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverein e. V.) aktiv daran mitwirkte, ehemalige Nazis zu rehabilitieren, macht die Sache für uns nicht besser. Ohne Kollaborateure wie Traeger hätte die

Leitungsteam des Kreisvorstands:

- Liliane Baumgartner, Tel. 0152-09695702, l.baumgartner@gew-offenbach.de
- Irmgard Hagel, 06074-31223, irmgard@hagel-family.de
- Robert Horak, Gebeschusstr. 58, 65929 Frankfurt, Tel. 069-30858464, rob.horak@web.de
- Michael Köditz, Am Entensee 20, 63075 Offenbach, Tel. 069-89004538 m.koeditz@gew-offenbach.de
- Felix Pressel, Tel. 069-98192816, f.pressel@gew-offenbach.de

Nationalsozialisten die Macht so nicht ergreifen können. Dass die GEW ihre Stiftung nach ihm nennt, ist für uns untragbar.
Über die Angelegenheiten sind mehrere Artikel in der Presse erschienen:

- *Die GEW hat Renazifizierung betrieben* (Frankfurter Rundschau, 12.10.2016)
- *Lehrergewerkschaft mit NS-Vergangenheit – Mitläufer als Aushängeschild* (taz, 09.10.2016)
- Kommentar *NS-Spuren bei der GEW: Ehrlichkeit vor der eigenen Tür* (taz, 10.10.2016),

alle nachlesbar unter https://keinvorbild.wordpress.com/pressespiegel/.

Wir werden von unseren Mitgliedern immer wieder auf diese Angelegenheit angesprochen. Wir fordern Dich ganz dringend auf, alles zu tun, um diese Stiftung sofort umzubenennen und die Vergangenheit der GEW umfassend aufzuarbeiten.

Die Benennung der Stiftung empfinden wir als Schande, die wir nicht länger mitzutragen bereit sind.

Wir bitten dringend um umgehende Antwort.

Mit kollegialen Grüßen

L. Baumg — R. Horak Michael Köditz

Felix Pressel

Leitungsteam des Kreisvorstands:

- Liliane Baumgartner, Tel. 0152-09695702, l.baumgartner@gew-offenbach.de
- Irmgard Hagel, 06074-31223, irmgard@hagel-family.de
- Robert Horak, Gebeschusstr. 58, 65929 Frankfurt, Tel. 069-30858464, rob.horak@web.de
- Michael Köditz, Am Entensee 20, 63075 Offenbach, Tel. 069-89004538 m.koeditz@gew-offenbach.de
- Felix Pressel, Tel. 069-98192816, f.pressel@gew-offenbach.de

16. Nov 2016

Lieber Kollege Michael Köditz,

der GEW-Hauptvorstand geht mit dem Thema "Aufarbeitung der Geschichte der GEW" - wie von dir gefordert - offensiv um. In einem persönlichen Gespräch mit Benjamin Ortmeyer, das kurz vor der Veröffentlichung seines Buches zwischen ihm, der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe, ihrem Stellvertreter Andreas Keller und mir stattgefunden hat, haben wir informiert, dass die GEW-Geschichte durch unabhängige Historiker aufgearbeitet wird. Diesen Weg haben wir weiter fortgesetzt. Siehe hierzu die entsprechende Meldung auf der GEW-Website, die der Hauptvorstand und die GEW Hamburg gestern veröffentlicht haben: https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/gew-arbeitet-ihre-geschichte-auf/ .

Die von euch, GEW-KV Offenbach-Stadt, gewählte Form des offenen Briefes an die Vorsitzende Marlis Tepe hat bei uns im Hauptvorstand für Irritationen gesorgt. Warum? Das Mittel des offenen Briefes setzt man in der politischen Debatte dann ein, wenn bzw. weil man keine Antwort auf einen Brief (!) erhalten hat - und deshalb die Öffentlichkeit (!), auch um Druck zu machen, über die eigene Position informieren will, eben weil einem andere Zugänge fehlen. Eine Antwort desjenigen, der in dem offenen Brief als Adressat genannt wird, ist dementsprechend nicht (mehr) intendiert. Ich meine, dass uns in einer demokratischen Organisation wie der GEW andere Wege offen stehen, um miteinander ins Gespräch zu kommen als über die "Öffentlichkeit" und/oder die Medien.

Zudem irrt ihr, wenn ihr meint, dass "Newsletter, Homepage usw." (inkl. der E&W!) gew-interne Kommunikationsmittel sind: Kein Kommunikationskanal hat eine (potenziell) größere Reichweite als unsere Website/s! Sie sind für alle Menschen auf dieser Erde erreichbar.

Mit freundlichen Grüßen

Ulf Rödde

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Kreisverbände Offenbach-Land und Offenbach-Stadt

Newsletter - 27.11.2016

7. Max Traeger – kein Vorbild! Offener Brief an den Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW

Max Traeger war Ex-Vorsitzender der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“, der im Mai 1933 "mit großer Begeisterung" den Eintritt in den NS-Lehrerbund betrieb. Ausgerechnet nach ihm benannte die GEW ihre Stiftung. Prof. Benjamin Ortmeyer thematisiert dies seit Jahren. Nun schrieb der Bundesausschusses der Studentinnen und Studenten der GEW (BASS) einen Offenen Brief an den Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW.

Auszug: "Schon seit einigen Jahren gab und gibt es Diskussionen über die Geschichte des NS-Lehrerbundes (NSLB) und den Umgang der GEW mit ihm. Das rührt auch daher, dass der spätere GEW-Vorsitzende, nach dem eine Stiftung benannt ist, ausgerechnet ein Mitglied des NSLB war: Max Traeger. Dieser Mann, nach 1945 dann aktives FDP-Mitglied, ist zu Recht umstritten.
Seine Mitgliedschaft im NSLB ist sicherlich kein Argument, um ihn als Vorbild zu ehren. Auch die Mitgliedschaft in der FDP nach 1945 ist für Mitglieder einer Gewerkschaft nicht unbedingt ein Grund, in Jubel auszubrechen.

Aber diese beiden Punkte allein sind es nicht: der entscheidende Punkt ist, dass Max Traeger mit großer Energie an der Legende mitgestrickt und an der Lebenslüge mitgearbeitet hat, dass die Verbände der Lehrkräfte im Jahr 1933 angeblich zwangsenteignet und zwangsweise in den NSLB eingegliedert wurden. Das ist für die große Mehrheit der alten Organisationen der Lehrkräfte, insbesondere in Hamburg, schlicht und einfach gelogen.

Diese Geschichtsfälschung hat eine doppelte Funktion:
Zum einen war dies eine große Möglichkeit für die Masse der nazifizierten Lehrkräfte (97 % der Pädagog_innen waren im NSLB, ein Drittel davon waren NSDAP- Mitglieder, oft mit wichtigen Funktionen), sich aus ihrer Verantwortung zu stehlen und ihre Mitgliedschaft als Bagatelle darzustellen. Das kam der Tendenz zur Renazifizierung der Bundesrepublik Deutschland insbesondere nach 1949 sehr entgegen. Die GEW beteiligte sich massenhaft daran, berechtigte Sanktionen gegen NS-Lehrer_innen mit ihrem Rechtsschutz wieder rückgängig zu machen. Ein Beweis für die „zweite Schuld“, die auch nach 1945 vor der GEW nicht halt gemacht hat und bis heute so gut wie gar nicht systematisch analysiert wurde.
Die zweite Funktion dieser Lügengeschichte bestand in der Behauptung, die Masse der Mitglieder der alten Lehrerverbände habe angeblich „zwangsweise“, also nicht freiwillig und nicht mit großer Begeisterung, den Eintritt in den NSLB vollzogen – das galt gerade auch für den Eintritt in den NSLB in Hamburg (so heißt es in Stein gemeißelt auf der Tafel am Curiohaus in Hamburg: „Im Mai 1933 gliederte der NS-Lehrerbund den Verband zwangsweise ein“).

Max Traeger war Vorsitzender eines Lehrervereins mit dem altehrwürdig-merkwürdigen Namen „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“. Diese Hamburger Organisation ist in zwei großen Schritten 1933 und 1934 mit großer Begeisterung und fast einstimmig (bei sieben Gegenstimmen) in den NSLB eingetreten und hat auch sämtliches Vermögen freiwillig den Nazis, dem NSLB, zur Verfügung gestellt – es gab keine Enteignung. Und Max Traeger erhielt kein „Berufsverbot“, wie etwa in Wikipedia behauptet wird. Das ist eine Legende. Er konnte, wenn auch nicht mehr als Schulleiter, als Lehrer bis 1945 arbeiten, wie die Akte des Entnazifizierungsverfahrens zeigt."

Der Brief ist mit erläuternden Anhängen im Internet zu finden unter https://keinvorbild.wordpress.com/. Es besteht die Möglichkeit auf dieser Seite, diesen Brief mit zu unterzeichnen. Aktuelle Presseberichte finden sich in der taz unter http://tinyurl.com/zf3ktmg und in der FR unter http://tinyurl.com/h2qqhnc.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Berlin

Letzte Aktualisierung: 28.11.2016 Ansprechpartner/in bei Rückfragen: Markus Hanisch

AUFARBEITUNG DER GEW-VERGANGENHEIT

Eine Untersuchung des Erziehungswissenschaftlers Benjamin Ortmeyer erhebt schwere Vorwürfe gegen den früheren GEW-Vorsitzenden Max Traeger. Dieser habe in den Nachkriegsjahren mit großer Energie Geschichtsfälschung betrieben und die Behauptung aufgestellt, die Weimarer Lehrerverbände seien 1933 zwangsenteignet und zwangsweise in den Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) eingegliedert worden. Ortmeyer stellt diese Darstellung in Zweifel. Der Wissenschaftler wirft der GEW vor, bis in die 1970er Jahre hinein Altnazis in ihren Reihen beherbergt zu haben. In einem Offenen Brief an den Hauptvorstand fordert der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten der GEW eine breite und öffentliche Debatte und die Umbenennung der GEW-eigenen Max Traeger Stiftung. Die Bundesvorsitzende Marlis Tepe sagte, die GEW nehme die Vorwürfe sehr ernst. Die Bundes-GEW hat ein wissenschaftliches Forschungsprojekt zur Geschichte der GEW initiiert, in dem auch zu Max Traeger geforscht wird. „Die Forschungsresultate werden wir in Ruhe und ergebnisoffen diskutieren und bewerten. Dabei kann am Ende auch herauskommen, dass wir die Max Traeger Stiftung umbenennen“, erklärte Tepe. Auch die GEW BERLIN forscht zu ihrer Vergangenheit. Unter dem Titel „Verfolgte Lehrkräfte“ untersucht Simone Ladwig-Winters die »Gleichschaltung« der Berliner LehrerInnenverbände und deren Rolle bei der Diskriminierung und Verfolgung der Berliner Lehrkräfte im Nationalsozialismus, aber auch die gezielte Ausgrenzung Einzelner.

Offener Brief 1998 (Ohne Anhang)

Erziehung & Wisssenschaft 1/1999

Offener Brief 2007/2008 /

VORWORT zur 2. Auflage

TAZ und Nette /Romey 2013

Offener Brief an die Bundesvorsitzende der GEW und den Hauptvorstand der GEW anlässlich des 60. Jahrestages der Novemberpogrome 1938 1998 von Benjamin Ortmeyer:

„Die GEW und die Nazi-Zeit: Die GEW muss ihre eigene Tätigkeit kritisch überprüfen!“

Vorbemerkung

Der **Offene Brief** unseres Frankfurter Kollegen Benjamin Ortmeyer stellt uns vor die schwierige, aber unabweisbar notwendige Aufgabe, die theoretische und politische Geschichte auch unserer Organisation, der GEW, und ihrer Haltung zur NS-Zeit zu prüfen.

Benjamin Ortmeyer fragt, ob die GEW in ihrer Geschichte den richtigen Weg eingeschlagen, um nach 1949 bis heute die historische Chance zu nutzen, wirklich mit dem Erziehungswesen der Nazi-Zeit zu brechen, die deutschnationale Vorgeschichte zu analysieren und die Phasen der Verdrängung nach 1945 zu verstehen und die notwendigen Schlussfolgerung zu ziehen. Wir halten es für eine demokratische Selbstverständlichkeit, sich diesen Fragen zu stellen.

Der **Offene Brief** des Kollegen Benjamin Ortmeyer an den Hauptvorstand der GEW wirft – auf der Basis seiner umfangreichen Studie über „bundesrepublikanische Erziehungswissenschaft (1945/49–95) und die Erforschung der nazistischen Schule“ – diese Frage auf und bezieht pointiert Stellung.

Wir sind überzeugt, dass dieser **Offener Brief** zur kritischen und weiterführenden Diskussion der oben aufgeworfenen Fragen beitragen kann und wird.

Frankfurt am Main, im November 1998

Karola Stötzel **Herbert Storn**

(Vorsitzendenteam der GEW
Bezirksverband Frankfurt am Main)

Benjamin Ortmeyer

Offener Brief

an die Bundesvorsitzende der GEW und den Hauptvorstand der GEW

Liebe Eva Maria Stange, liebe Kolleginnen und Kollegen
des Hauptvorstands der GEW,

vor 60 Jahren, im November 1938 zeigten die Nazis nach den ersten Maßnahmen gegen Juden 1933 und den Nürnberger Rassengesetzen 1935, in welchem Ausmaß sie schon vor der systematischen Ermordung entschlossen waren, die jüdische Bevölkerung nicht nur zu diskriminieren, sondern auch zu verfolgen und zu quälen . Die tägliche Qual der in den Schulen gedemütigten jüdischen Kinder (und der – zu oft vergessenen – Kinder der Sinti und Roma) mündete nun in ihrem systematischen Ausschluss von den allgemeinen Schulen in Deutschland. **(Anlage 1)**

Die systematische Erfassung der Mitglieder der Jüdischen Gemeinden wurde ergänzt durch die Mithilfe des NSLB (nationalsozialistischen Lehrerbundes) bei der Auswertung der 300 000 Kirchenbücher, um nach den nazistisch-rassistischen Kriterien auch die zur evangelischen und katholischen Kirche konvertierten Juden aufzuspüren. **(Anlage 2)** Die vollständige Erfassung der Juden (wie der Sinti und Roma) war eine der Voraussetzungen zu späteren Deportation und Ermordung.

An vielen Orten in Deutschland werden Aktivisten der GEW Initiativen zum Gedenken an die Opfer des Nazismus unterstützen. Vorschläge, an den einzelnen Schulen der ermordeten jüdischen Schülerinnen und Schüler zu gedenken, an sie durch Ehrentafeln zu erinnern wurden und werden von der GEW tatkräftig auch gegen staatliche Bürokratie und eine Atmosphäre der Gleichgültigkeit unterstützt. **(Anlage 3)**

Dass auf diesem Gebiet noch mehr als genug zu tun ist, wird anerkannt. Dass die nazistischen und deutschnationalen Aktivität der Täter im Bereich des Erziehungswesens, (Schulaufsichtsbeamten, Schulleitungen und Lehrerschaft) dabei nicht aus dem Blickpunkt geraten darf, im Gegenteil, ihre pronazistische und teilweise verbrecherischen Tätigkeit – trotz Ausnahmen wie die des ehemaligen Vorsitzenden der GEW Rodenstein **(Anlage 4)** – bewusst gemacht werden muss, an jedem Ort, an jeder Universität, an jeder Schule – dass dies, nimmt man Aufklärung und „Erziehung nach Auschwitz" ernst – untrennbar mit dem Gedenken an die Opfer verbunden sei muss, – dies ist schon ein erheblich größeres Problem, wenn wir ehrlich sind.

Ich glaube, dass angesichts der vielfältigen allgemein gehaltenen Reden, die uns zum 60. Jahrestag des Novemberpogrom von Politikerseite erwarten, es neben der Benennung aktueller Aufgabe im Kampf gegen die heutige von alten und neuen Nazis ge-

führten rechten Bewegungen wichtig ist, dass jeder Organisation kritisch die eigene Tätigkeit überprüft, um im demokratisch motivierten Kampf zur Aufklärung über die Nazi-Zeit maximal beizutragen.

I.

Nicht erst heute stellt sich die Frage, welche Rolle die GEW bei der systematischen Aufdeckung der Verstrickung der Erziehungswissenschaftler an den Universitäten und der Lehrerschaft an den Schulen in das nazistische System geleistet hat. Es stellt sich in Deutschland und international die Frage, in welchem Umfang die GEW als gewerkschaftliche Nachkriegsorganisation sich dem Aufschrei der weitgehend nazistischen Professoren – und Lehrerschaft angeschlossen hat, die nach 1945 „nichts gewusst" haben will und „nur ihre Pflicht" getan haben will und jegliche „Entnazifizierung" als Unrecht angesehen hat.

Mit einer gewissen Verbitterung schrieb Eugen Kogon, ehemaliger Häftling in Buchenwald und Verfasser des Buches „Der SS-Staat": *„Die stille, allmähliche schleichende, unaufhaltsame Wiederkehr der Gestrigen scheint das Schicksal der Bundesrepublik zu sein."* Eugen Kogon schrieb 1964 zum Problem der **Renazifizierung** statt Denazifizierung: *„Das böse Wort läuft um: „Seitdem uns die demokratische Sonne bescheint, werden wir immer brauner'."*

Es stellt sich die schwerwiegende Frage, inwieweit die GEW auch durch ihre politischen Stellungnahme den von den Alliierten zu Recht entlassenen Professoren, Lehrern und Lehrerinnen geholfen hat, ihre angebliche Unschuld zu beweisen und so selbst eine „zweite Schuld" auf sich geladen hat.

Es stellt sich die Frage, warum auch in den bisherigen Untersuchungen zur Geschichte der GEW nach 1945 dieses dunkle und braun gefärbte Kapitel – bis auf wenige Ausnahmen – nicht systematisch untersucht, und die völlig falsche Rehabilitierungspolitik nicht kritisch ins Visier genommen wurde. **(Anlage 5)**

II.

An den Schulen sei nur ein Beispiel für viele erwähnt: Der Schulleiter der Frankfurter Holbeinschule, Dr. Wilhelm Bardorf, nach dem heute noch – trotz Protesten – von der Stadt Frankfurt am Main geehrt – eine Straße ausgerechnet in einem Schulkinderdorf (Wegscheide) benannt ist, wurde nach 1945 als Fragebogen fälschender SA-Mann zunächst verhaftet, dann rehabilitiert und ausgerechnet als Aktivist der GEW in Frankfurt am Main herzlich aufgenommen und anerkannt. **(Anlage 5)**

Das bekannteste Beispiel an den Universitäten ist die unglaubliche Karriere des Theodor Wilhelm: Theodor Wilhelm, ein zweitrangiger Nazi-Erziehungswissenschaftler, der sich in der Nazi-Zeit durch besonders ekelhafte antisemitische Hetzartikel im internationalen Maßstab hervortrat ***(„Kann der Jude sich nicht von sich selbst befreien, so bleibt den Völkern nichts übrig, als sich vom Juden zu befreien." T. Wilhelm, 1941)*** und 1944 als propagandistische Begleitung zur Ermordung der europäischen Juden in Auschwitz-Birkenau, die europäische ***„Gesamtlösung des Judenproblems"*** nun auch in Ungarn hochlobte, dieser Theodor Wilhelm machte Karriere in der BRD als Spezialist für Fragen der „Politischen Bildung". Noch in den 90er

Jahren provoziert er ungeniert, dass seine Tätigkeit in der NS-Zeit ja nun eigentlich normal gewesen sei, die SA war für ihn ***„ein Sportverband. Wir haben das im Sinne des Juxes betrieben."*** (Neue Sammlung, Heft 4, 1991) Immer noch sind in Deutschland Schulen etwa nach Eduard Spranger, der in unerträglicher Weise 1938 Adolf Hitler lobte und Peter Petersen, dessen nazistisch Tirade ebenfalls lange bekannt sind, benannt. **(Anlage 6)**

Die Glaubwürdigkeit der GEW als konsequente demokratische Kraft besteht auch darin, auf allen Ebenen Initiativen, auch vor Ort, gegen solche Schulnamen zu unterstützen und bekannt zu machen.

Der Redakreur einer Zeitschrift der GEW mit dem Titel „Die Deutsche Schule" (die eine Tradition in der NS-Zeit hat) Hans-Georg Herrlitz hat bewusst provokativ ausgerechnet dem Alt-Nazi Theodor Wilhelm zu seinem 80. Geburtstag 1986 einen Artikel gewidmet. In jüngster Zeit ist Herrlitz als Redakteur der GEW-Zeitschrift „Die Deutsche Schule" dazu übergegangen, belegte und berechtigte Kritiken an pronazistischen, deutschnationalen Professoren wie dem Erziehungswissenschaftler Erich Weniger, ein Militarist und Verunglimpfer der Reedukation und gleich auch die ganze Gruppe der in das Nazi-System weitgehend integrierter Erziehungswissenschaftler quasi unter Denkmalsschutz zu stellen.

Nachdem u.a. Erziehungswissenschaftler wie Prof. Keim längst pronazistische Aktivitäten von deutschnationalen Erziehungswissenschaftlern wie Erich Weniger, Eduard Spranger, Hermann Nohl und Peter Petersen aufgedeckt und nachgewiesen haben, versteigt sich der Redakteur der Zeitschrift der GEW „Die deutsche Schule" sogar in kaum zu fassender Manier dazu, und zwar in vollem Ernst – diese Leute als ***„Säulenheiligen der Disziplin"***, die nicht demontiert werden dürften, zu bezeichnen. **(Anlage 7)**

Es ist meiner Meinung nach Aufgabe der GEW, ihrer Vorsitzenden und des Hauptvorstandes, mit deutlichen Worten und geeigneten Maßnahmen Stellung zu nehmen und klarzustellen, dass solche Positionen mitnichten Grundpositionen der GEW sind, sondern ganz im Gegenteil zu verurteilen sind.

III.

Ein in der Bundesrepublik angesehenen Erziehungswissenschaftler, der Schüler Theodor Wilhelm, Professor. Dr. Hermann Giesecke hat 1993 nicht zufällig einen umfassenden Versuch vorgelegt hat, „Hitlers Pädagogen", die HJ und den BDM zu rehabilitieren. Es ist eine übersehener Skandal der bundesrepublikanischen deutschen Erziehungswissenschaft, dass Giesecke 1993 – auch ohne Proteste der GEW – sein pronazistisches Machwerk mit Lobtiraden auf die führenden Nazi-Erziehungswissenschaftler Krieck und Bauemler, auf Baldur von Schirach, die HJ und den BDM vorlegen konnte. Hermann Giesecke, der sozusagen als Nachfolger von Theodor Wilhelm und als einer der „Säulenheiligen" der politischen Bildung" in Deutschland gilt, hat hier eine Vorgabe geliefert, die allen Aktivitäten zur Aufklärung über den Nazismus im Erziehungswesen entgegensteht. **(Anlage 8)**

* * *

Das, was zumindest teilweise in der Justiz, bei den Medizinern und auch bei den Historikern, in den letzten Monaten gar bei den Banken, Versicherungen und großen Industriekonzernen Stück für Stück deutlicher wird – nämlich das Ausmaß an Verstrickung und Schuld – genau dieser Prozess der Aufklärung sollte umfassend im pädagogischen Bereich auf allen Ebenen durchgeführt werden:

Es kann kein Argument sein, dass keine Zeit wäre, sich mit er Nazi-Zeit zu beschäftigen, da die „aktuellen Aufgaben" ja so drängen. Es kann vor allem auch nicht angehen mit dem fadenscheinigen Argument wissenschaftsorientierte Diskussionen abzulehnen, es solle über hervorstechende Personen nicht geurteilt werden, obwohl ja gerade ach so positiv über sie geurteilt und gewertet wurde.

Die bisherige Diskussion in der GEW berechtigt mich zur Hoffnung, dass die in diesem Offenen Brief angesprochenen Fragen zu produktiver Diskussion – auch international – anregen, dass nicht jene Kräfte auch innerhalb der GEW das Übergewicht haben, die mit welchen Vorwänden auch immer – verhindern wollen, dass sich wirklich ernsthaft im Bereich des Erziehungswesens und der GEW selbst mit der Nazi-Zeit und der „zweiten Schuld" nach 1945 beschäftigt wird. Ich bitte diesen Brief in ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT abzudrucken. Ich weiß, dass diese Fragen auch international interessieren und erlaube mit die BILDUNGS-INTERNATIONALE (BI) und insbesondere Histadrut Hamorim von diesem OFFENEN BRIEF zu informieren.

Mit solidarischen Grüßen

Benjamin Ortmeyer

Auch enthalten in der Broschüre 2008:

Benjamin Ortmeyer

OFFENER BRIEF

an den GEW Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW

Die GEW darf kein vom NS-Lehrerbund „arisiertes" und nach 1945 betrügerisch erschlichenes Vermögen behalten!

Juli 2008 (3. Auflage)

(mit Übersetzungen in englischer, französischer, spanischer, türkischer, iranischer, italienischer, russischer, hebräischer, griechischer, chinesischer und polnischer Sprache)

Kontakt BOrtmeyer@t-online.de

„Auschwitz – Schädlich für das Nationalbewusstsein“

E&W-Gespräch mit Benjamin Ortmeyer und Dieter Wunder

In seinem im Herbst 1998 erschienenen Buch „Schicksal jüdischer Schülerinnen und Schüler – Leerstellen deutscher Erziehungswissenschaft?“ hat GEW-Mitglied Benjamin Ortmeyer die Rolle der Schule in der Nazi-Zeit und die Haltung der Erziehungswissenschaftler zur NS-Zeit von 1945/49 bis 1995 untersucht. In einem Offenen Brief an die GEW-Vorsitzende wirft er auch seiner Gewerkschaft vor, sich nicht angemessen mit der Rolle ihrer Mitglieder in der NS-Zeit auseinandergesetzt zu haben. E&W nahm diesen Vorwurf zum Anlass, den Autor des Offenen Briefes zu einem Gespräch mit dem langjährigen GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder einzuladen.

Benjamin Ortmeyer: „Es hätte der Gewerkschaft gut getan, sich mit diesem Thema intensiver auseinanderzusetzen.“

Mit einem Mal ist Auschwitz wieder ein gesellschaftspolitisches Thema. Geht das nur auf die Rede von Martin Walter zurück oder steckt mehr dahinter?

Benjamin Ortmeyer: Natürlich steckt mehr dahinter. Nach 50 Jahren gibt es die Tendenz, dass viele Deutsche, wenn nicht fast alle, es als schädlich für das sogenannte „deutsche Nationalbewusstsein“ ansehen, wenn man sich noch an Auschwitz erinnert. Das ist der Hintergrund der Debatte *Walser-Bubis*.

Dieter Wunder: Man kann in den letzten Jahren zugleich beobachten, dass die Frage danach, was Deutsche von 1933 bis 1945 getan haben, intensiver durchdacht wird, zum Beispiel beim Historikerverband. Viele junge Menschen wollen wissen, was damals los war.
Demgegenüber gibt es natürlich auch die andere Tendenz: „Uns langt es, wir wollen nicht ständig davon hören“, so wirkt zumindest die Rede Walsers.

Aber neue Studien belegen, dass nur noch 20 Prozent der jungen Menschen mit Auschwitz etwas verbinden. Hat da die Erwachsenenwelt, haben da die Schulen etwas falsch gemacht?

Benjamin Ortmeyer: Vermutlich haben alle ein Stück weit Schuld.
Die Kritik an der GEW in meinem Offenen Brief*, der ja auch Anlass für dieses Gespräch ist, zielt natürlich auch auf die Frage, was Lehrerinnen und Lehrer, die Jahr für Jahr über das NS-System unterrichten, möglicherweise nicht mehr im Kopf haben. Für mich ist es deshalb Aufgabe der GEW, mit der Lehrerschaft darüber zu arbeiten, dass das Thema Nazismus für die Schüler und die Jugendlichen immer wieder mit Forschung, mit Aufklärung, mit Information und Fakten, aber auch mit emotionalen und moralischen Kriterien verbunden bleibt.

Dieter Wunder: Wenn es tatsächlich so ist, dass nur 20 Prozent der Jugendlichen mit Auschwitz etwas anzufangen wissen, dann ist zum einen zu fragen: Was machen Lehrerinnen und Lehrer? Können wir tatsächlich voraussetzen – was eigentlich vorgeschrieben ist –, dass alle Jugendlichen in der Schule auf einigermaßen adäquate Weise etwas über Auschwitz erfahren haben? Wenn nicht, dann ist das ein Skandal. Hier müsste die GEW einmal nachhaken und eine Diskussion in der Mitgliedschaft füh

Habichtswald-Klinik AYURVEDA
-Klinik für Ganzheitsmedizin-

Im Herzen Deutschlands, **direkt am** größten Bergpark Europas, liegt die Habichtswald-Klinik AYURVEDA, **direkt verbunden** mit einer der schönsten Thermen Europas, **unserer Kurhessen-Therme**. Die Habichtswald-Klinik Ayurveda arbeitet in einer Synthese zwischen Schulmedizin, Ganzheitsmedizin, Naturheilkunde, biologischem Verfahren, Hyperthermie und – **als Wahlleistung** – incl. Ayurveda-Medizin. Die Klinik hat drei Fachbereiche und die Ayurveda-Medizin.

➢ **Onkologie**
➢ **Psychosomatik**
➢ **Innere Medizin und Orthopädie**
➢ **AYURVEDA-Medizin**

Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 40, ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Privaten Krankenversicherungen wird die Habichtswald-Klinik als „Gemischte Einrichtung“ geführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den pauschalen Pflegesatz ab, weil diese mit den Landesverbänden der Krankenkassen und den Verbänden der Ersatzkassen in Hessen einen pauschalen Pflegesatz vereinbart hat. Eine Kopie senden wir Ihnen bei Bedarf gerne zu.

Ihre Aufnahme kann sofort erfolgen.

In der Psychosomatischen Abteilung bieten wir „Frauengruppen und Männergruppen“ an und behandeln Tinnitus, zusätzlich spez. Gruppen zur Kurzzeittherapie.

Bitte fordern Sie unseren ausführlichen Prospekt an:

Kneipp-Heilbad Kassel-Wilhelmshöhe, direkt am Park Wilhelmshöhe
Werner Wilhelm Wicker-KG · Wigandstraße 1 · 34131 Kassel-Wilhelmshöhe
Telefon (05 61) 31 08-0, Telefax (05 61) 31 08-8 58

Kostenfreies Info-☎ (01 30) 89 01 10 · Kostenfreies Telefax (01 30) 73 27 38

ren, um herauszufinden, wie in diesem Punkt die schulische Wirklichkeit tatsächlich aussieht.
Mein zweiter Aspekt: Vielleicht haben die Schüler zwar über Auschwitz gehört, aber es ist an ihnen vorbeigegangen oder sie haben es weggeschoben. Ist also die Art und Weise, wie mit Auschwitz im Unterricht traditionellerweise umgegangen wird, die richtige?
Zum Dritten muss man ja feststellen, dass unter der Regierung *Kohl* das offizielle Gedenken an Auschwitz Staatsangelegenheit geworden ist. Noch in den 50er und 60er Jahren, teilweise auch in den 70er Jahren, gab es Regierungen, die sich nicht daran gewagt haben, die nicht bereit waren, das in den offiziellen Staatsritus aufzunehmen. Das wurde unter Kohl anders. Vielleicht liegt darin ein Problem – und das hätte dann auch mit der Walser-Rede zu tun –, mit dem wir uns bisher nicht richtig auseinandergesetzt haben.

Dieter Wunder: „Die GEW hat sich bedauerlicherweise so verhalten wie die gesamte Gesellschaft."

Die Berliner Antisemitismusforscherin Beate Kosmala berichtet auf einer Veranstaltung in den USA, dass es bei der deutschen Jugend zunehmend Widerstände gibt „bedingt durch einen diffusen Schuldkomplex". Die Jugendlichen fühlten sich „kollektiv und international an den Pranger gestellt". Sind dies Konsequenzen einer verfehlten Erinnerungsarbeit?

Dieter Wunder: Es kann auch heute noch oder wieder einem jungen Deutschen im Ausland passieren, dass er mit dem Hitlergruß begrüßt wird, wenn er als Deutscher erkannt wird. Das hat dann mit Schule gar nichts zu tun, sondern mit der Tatsache, dass uns Menschen im Ausland noch immer mit einem gewissen Misstrauen begegnen. Das ist nun mal ein Faktum, damit müssen sich auch junge Deutsche auseinandersetzen.
Benjamin Ortmeyer: Die These, dass angeblich die Alliierten und erst recht natürlich die Juden die sogenannte „Kollektivschuld" gegen alle Deutsche damals wie heute erklärt hätten, halte ich für ein Potemkinsches Dorf, das benutzt wird, um eine neurotische Gegenreaktion hervorzurufen. Es hat niemand behauptet, dass ein zehn- oder dreizehnjähriger Jugendlicher heute schuldig ist.
Es geht darum, dass nach 1945 die im Potsdamer Abkommen zu Recht festgelegte Wiedergutmachung geleistet wird von jedem, der in Deutschland gelebt hat. Diese an anderer Stelle einmal genauer zu durchleuchtende Kollektivschulddiskussion läuft meist absurd und wird sehr oft hochgezogen, um Abwehrreaktionen gegen die richtige Erinnerung und die Beschäftigung mit der Frage der Nazizeit kaputtzumachen.

Wie erinnert man sich richtig?

Benjamin Ortmeyer: Weil es gerade auch eine individuelle Sache ist, glaube ich, dass jeder, wenn er denn dazu bereit ist, seinen Weg findet, wie er sich mit diesem Thema beschäftigt. Er wird immer wieder andere Zugänge und andere Wege finden, sei es durch Überlebende, mit denen er spricht, sei es über Literatur oder andere wirkungsvolle Wege, wie zum Beispiel den hervorragenden Film „Holocaust". Erinnerung muss sich um Authentizität bemühen. Das Authentische besteht darin, dass man sich wirklich mit der eigenen Person mit diesem Thema beschäftigt.
Dieter Wunder: Ich sehe das auch aus der Sicht des Historikers. Wir müssen uns dessen bewusst werden, dass die deutsche Kultur durch die jüdische mitgeprägt ist und dass Deutschland immer ein Ort jüdischen Lebens war.

Es geht aber nicht nur um persönliches, sondern auch um kollektives Erinnern. In seinem Offenen Brief an die GEW-Vorsitzende schreibt Benjamin, es sei wichtig, dass jede Organisation ihre eigene Tätigkeit in der Zeit von 1933 bis 1945 und danach kritisch überprüft, auch die GEW. Diese habe sogar eine „zweite Schuld" auf sich geladen.

Benjamin Ortmeyer: Ich bin der festen Überzeugung, dass sowohl im erziehungswissenschaftlichen als auch im Lehrerbereich nach 1945, als die Entnazifizierung angesagt war, die GEW sich zum Teil in einer engstirnigen Art und Weise zum Anwalt ihrer Mitgliedschaft gemacht hat. Die Analyse der Realität der NS-Zeit an Schulen und Hochschulen zeigt, dass in diesem Bereich sehr viele Lehrerinnen und Lehrer, sehr viele Erziehungswissenschaftler auch in Schuld verstrickt waren. Auch wenn sie in einzelnen Punkten eine andere Meinung hatten, so waren sie doch so mit dem System verstrickt. Es hätte der Gewerkschaft gut getan, sich mit diesem Thema intensiver auseinanderzusetzen. Wenn das in den 50er und 60er Jahren fast unmöglich war, hätte man zumindest in den 80er oder 90er Jahren diesem Thema mehr Aufmerksamkeit widmen müssen.
In sehr vielen anderen Bereichen, zum Beispiel in der Rechtswissenschaft, in der Medizin, hat es Bemühungen gegeben. Ich bemängele, dass seitens der GEW hier zu wenig unternommen wurde. Daher der Offene Brief. Und daher auch ganz konkret die Kritik zum Beispiel am Mit-Redakteur der Deutschen Schule, an *Hans-Georg Herrlitz*, der noch vor 12 Jahren meinte, einer NS-Größe wie *Theodor Wilhelm* zu seinem 80. Geburtstag gratulieren zu müssen. Herrlitz war es auch, der noch vor kurzem eine engagierte Erziehungswissenschaftlerin heftig angriff, weil diese andere NS-orientierte deutsch-nationale Erziehungswissenschaftler wie *Erich Weniger* in der Zeitschrift „Die Deutsche Schule" kritisiert hatte.
Das sind Erscheinungen und Entwicklungen, die einem auch ein Stück weit Angst machen, vor allem deshalb, weil es zu wenig Gegenreaktionen gab. Dieter Wunder hat reagiert, aber insgesamt ist die GEW in dieser Auseinandersetzung nicht präsent.
Dieter Wunder: Die GEW hat sich bedauerlicherweise so verhalten wie die gesamte Gesellschaft. Ich habe vereinzelt Emigranten gesprochen, die nach 1945 in der GEW mitgearbeitet haben. Es hat damals eine verbreitete Stimmung in Deutschland gegeben: Rühren wir das Ganze nicht an.
Es gibt ja die berühmte These von *Hermann Lübbe*, dies sei der einzige Weg gewesen, um Grundlagen für eine demokratische Entwicklung zu schaffen. Man könnte auch sagen, wenn man das historisch mit anderen Entwicklungen vergleicht, dass das auch der Weg gewesen ist, wie sich Spanien mit der *Franco*-Zeit auseinandergesetzt hat. Das ist in Spanien auch heute noch ein Tabu, an das man ungerne rührt.
Zurück zu uns. Aus meiner Sicht heißt das natürlich, dass die Grundlage unserer Gesellschaft und unseres Staates von vornherein mit einem Gift durchzogen ist. Und bis heute ist es nicht befriedigend gelungen, sich von diesem Gift gänzlich zu befreien.
Zum zweiten Aspekt: Weshalb beschäftigt sich die GEW nicht oder so wenig damit? Ich habe während meiner langen Tätigkeit in dieser Gewerkschaft in verschiedenen Funktionen den Eindruck gewonnen, dass die GEW die Fragen, „welche Schuld haben Erziehungswissenschaftler, haben Lehrer in der Zeit von 1933 bis 1945 auf sich geladen?" eigentlich nicht als ihre Angelegenheit ansieht. Die Neugierde, das Interesse an solchen Fragen ist in der Organisation nicht sehr groß. Ich sehe darin ein falsches Selbstverständnis der GEW. Aber die GEW hat ja schon Schwierigkeiten, sich überhaupt bildungspolitisch hinreichend zu artikulieren. Um wie viel schwerer fällt es ihr dann, an allgemein interessierenden und

notwendigen Diskussionen dieser Gesellschaft teilzunehmen.

Benjamin Ortmeyer: Ich würde diesem ein wenig resignierenden Ansatz widersprechen. Ich glaube, dass es mehr die Angst vor der Auseinandersetzung mit irgendwelchen Größen ist, die in der GEW dazu führt, dass diese Dinge nicht wirklich auf den Punkt gebracht und diskutiert werden. Ich habe oft erfahren, dass immer dann, wenn man Konflikte forciert und in der richtigen Art und Weise austrägt, dass sich dann auch Menschen daran interessieren und wissen wollen, worum der Streit geht. Ich glaube, dass die Angst vor Konflikten in der GEW sehr groß ist. Es wird zwar viel von Konfliktmanagement geredet, aber im Alltag bleibt der Konfliktbegriff auch in der GEW negativ besetzt.

Weshalb und für wen ist es wichtig, dass Organisationen wie die GEW sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen?

Benjamin Ortmeyer: Ich glaube, es ist wichtig für die Glaubwürdigkeit einer Gewerkschaft, die ja zumindest den Anspruch hat, bildungs- und wissenschaftsorientiert zu arbeiten. Ein Lehrer, der sich mit diesem Thema nicht beschäftigt, kann selbstverständlich Schülerinnen und Schülern nicht glaubwürdig etwas zu diesem Thema sagen und er kann damit auch nicht wirklich in demokratischer Richtung wirken.

Wer Konflikten aus dem Weg geht – und hier haben wir vielleicht ein entscheidendes Problem, was auch Zivilcourage angeht –, versucht, die Dinge unter den Teppich zu kehren. Eine Gewerkschaft, die so vorgehen würde, kann nicht glaubwürdig in Auseinandersetzungen mit den Mächtigen im Land den Anspruch auf Bildung, auf Demokratie und Erziehung vertreten.

Dieter Wunder: Ich stimme der Einschätzung zu, dass Gewerkschaften mit Selbstkritik Schwierigkeiten haben.

Der andere Aspekt: Der primäre Zweck einer Gewerkschaft wie der GEW ist es, jetzt und heute durch Einwirken auf Politik und Arbeitgeber die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und – wenn man noch etwas hinzufügen will – die Lernbedingungen der Schülerinnen und Schüler, der Lernenden insgesamt zu verbessern. Das heißt, der eigentliche Zweck einer Gewerkschaft ist es, im Hier und Jetzt aufzugehen. Dies gilt nicht nur für die GEW, dies gilt auch für die Politik im Allgemeinen. Historisches Bewusstsein steht dem aktuellen Handeln entgegen.

Wir brauchen aber historisches Bewusstsein, weil historisches Bewusstsein mit den philosophischen und ethischen Fundamenten, auf denen gehandelt wird, zu tun hat. Insofern ist diese Geschichtsvergessenheit auch ein ethisches Problem.

Interview: Steffen Welzel

**Der Offene Brief Benjamin Ortmeyers an den Hauptvorstand der GEW anlässlich des 60. Jahrestages des Novemberpogroms 1938 mit dem Titel „Die GEW muss ihre eigene Tätigkeit kritisch überprüfen" (einschließlich eines 20-seitigen Anhangs u. a. mit Belegen zu NS-Erziehungswissenschaftlern, aber auch einer ausführlichen Kritik des Buches von Giesecke „Hitlers Pädagogen") ist gegen Porto (1,50 DM in Briefmarken) zu erhalten beim GEW-Bezirksverband Frankfurt, Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt, Telefax 069/201819.*

„Nazistische Schule"

In seinem Buch beweist *Benjamin Ortmeyer* anhand der Demütigungen, Ausgrenzungen und schließlich der Vernichtung jüdischer Schülerinnen und Schüler, dass die Schule zwischen 1933 und 1945 vom Grundsatz her eine „nazistische Schule" und keinesfalls nur eine „Schule in der Nazizeit" war. Dieser Nachweis – unter Auswertung bisheriger Analysen und Forschungsergebnisse – bildet den Ausgangspunkt, um die Arbeiten der deutschen Erziehungswissenschaft zu diesem Thema in den letzten 50 Jahren kritisch einzuschätzen.

Benjamin Ortmeyer weist auf die „Verharmlosung der NS-Zeit" durch die scheinbar wertneutrale Analyse einzelner bundesdeutscher Erziehungswissenschaftler hin. Er kritisiert zum Beispiel *Hermann Giesecke*, der noch im Jahre 1993 „in haltloser Apologie die Rolle der NS-Schule, der HJ und des BDM und gar der NS-Erziehungsführer wie *Krieck*, *Bäumler* und *Schirach* verfälscht und verharmlost".

Benjamin Ortmeyer: Schicksale jüdischer Schülerinnen und Schüler – Leerstellen deutscher Erziehungswissenschaft/Bundesrepublikanische Erziehungswissenschaften (1945/49 – 1995) und die Erforschung der nazistischen Schule. 826 Seiten, Verlag M. Wehle, 53347 Wiesterschlick/Bonn, Hauptstr. 240, Paperback 128 DM; Halbleinen 168 DM.

„Es wird zwar viel von Konfliktmanagement geredet, aber im Alltag bleibt der Konfliktbegriff auch in der GEW negativ besetzt."

Aus Erziehung & Wissenschaft, Heft 1, Januar 1999

Archiv LabourNet.de Germany Archiv
Dies ist das LabourNet Germany Archiv mit Stand vom 18.12.2012. Hier gehts zu den aktuellen Meldungen!
Impressum Über uns Kontakt und Zuschriften Fördermitgliedschaft Newsletter Volltextsuche

Die GEW darf kein vom NS-Lehrerbund "arisiertes" und nach 1945 betrügerisch erschlichenes Vermögen behalten!

Nach einer Reihe von Diskussionen über den Offenen Brief (u.a. mit dem GEW-Vorsitzenden Uli Thöne und den Vorsitzenden der GEW Hessen) kristallisierten sich zwei Punkte heraus, die hier konzentriert herausgestellt werden sollen.

Der NSLB als Vorläufer der GEW ist in jeder Hinsicht inakzeptabel

Der inhaltlich gewichtigste Punkt für die GEW und den Hauptvorstand ist, dass offensichtlich zumindest teilweise hingenommen wird, dass es im Kontext der Debatte um ein "arisiertes Haus" überhaupt für akzeptabel gehalten wird, einen Zusammenhang zwischen NSLB und GEW herzustellen, als hätte die GEW als demokratische Organisation, neu gegründet nach 1945, irgendetwas mit den Mordhetzern des NSLB zu tun, wenn es um Geld, juristische Fragen etc. geht.

Hier muss klar Stellung bezogen werden, um so mehr, als (personell - nicht als Organisation) so mancher Funktionär der SS, der SA und der NSDAP, der vorher im NSLB organisiert war, nach 1945 Mitglied der GEW wurde und dort Rechtsbeistand mit dem Ziel des Wiedereintritts in den Schuldienst erhielt. Die GEW der fünfziger Jahre hat ihren eigenen Anteil zur Entnazifizierung nicht geleistet, im Gegenteil.

Das Haus in Hamburg war im Besitz des NSLB. Das ist der unstrittige Kern, alle Formalien und Namensspielereien werden daran nichts ändern. Der NSLB - ausgerechnet! - soll jüdischen Besitzern entgegengekommen sein, ihre Notlage nicht ausgenutzt haben? An diesem Punkt wird eine moralische Grenze überschritten und die GLEICHGÜLTIGKEIT gegenüber diesen Unverschämtheiten schmerzt vielleicht noch mehr als die geschichtsrevisionistischen Lügen.

Die Umkehrung der Beweislast

Für die AUFKLÄRUNG über das NS-Regime ist es schier unerträglich, verletzend und beschämend, dass innerhalb der GEW in Teilen - in gewichtigen Teilen - nicht der geschichtsrevisionistische Mechanismus erkannt wird, wie eine UMKEHRUNG DER BEWEISLAST (unter Berufung auf "wissenschaftliche Beweisführung") um sich greift.

Mit der Methode des Relativismus, des Agnostizismus und Phrasen wie "Es gibt nicht nur schwarzweiß", wird von den VERFOLGTEN verlangt, im einzelnen ihre Verfolgung zu beweisen. Damit werden geschichtlich bewiesene Tatsachen gesellschaftlicher Verfolgung (mit Berufung auf "Einzelfälle") in Frage gestellt. Das ist tief verletzend und war oftmals der Grund, warum Verfolgte in einzelnen Fällen keine Anträge auf Entschädigung gestellt haben und häufig auch nicht bereit waren, nach ihren ersten Erfahrungen in Prozessen gegen NS-Verbrecher erneut auszusagen.

Die Schamlosigkeit der Beamten der fünfziger Jahre bei solchen Verfahren, die ich genau bei den Anträgen auf "Ausbildungsschäden" durchgearbeitet habe, sind da noch das kleinste Problem. Da haben ganze Kollegien (z. B. das der Herder-Schule in Frankfurt) nach 1945 bestätigt, dass die "jüdische Schülerin" die Schule vor 1938 "aus freien Stücken" verlassen hat, nach ihr hätte es auch noch jüdische Schülerinnen gegeben, die nicht die Schule verlassen hätten usw. Die allgemeine Verfolgungssituation wurde ausgeblendet, um den Nazi-Terror gegen jüdische Kinder im Schulalltag zu bestreiten.

Ähnlich bei der Arisierung 1933-1937. Es ist wissenschaftlicher Konsens (außer bei geschichtsrevisionistische Historikern), dass auch im Einzelfall nicht von einem normalen "fairen" Kauf und Verkauf

etwa von Immobilien in dieser Zeitspanne ausgegangen werden kann. Wenn der NSLB (juristisch umschrieben als "Käufer") hier in Aktion trat, gibt es keinerlei Zweifel, der berechtigt wäre. Es ist also von vornherein von einer "Arisierung" auszugehen, und diejenigen, die beim NSLB in Hamburg eine "Ausnahme" meinen beweisen zu können, haben zwar viel Papier beschrieben, aber behaupten ja selbst nicht, beweisen zu können, dass es KEINE Arisierung gewesen sei.

Ihre merkwürdigen "Zweifel" und üblen Andeutungen können nicht verschleiern, dass sie diesen Beweis nicht führen können. Sie behaupten einfach, die "andere Seite" müssten den Beweis führen. Noch einmal: Das ist nicht der Fall. Diese "Umkehrung der Beweislast" zurückzuweisen ist wesentlich, damit eine Bildungsgewerkschaft ihrem Anspruch gerecht werden kann, über die NS-Zeit aufzuklären. Sich mit dem Argument heraushalten zu wollen, dass man ja den Einzelfall gar nicht beurteilen könnte, ist ein Einschwenken auf diese "Umkehrung der Beweislast" und eine Form der Unterstützung des Geschichtsrevisionismus.

Weiteres Vorgehen

Als Mitglied des Vorstands der GEW in Frankfurt am Main werden ich auf allen öffentlichen und gewerkschaftsinternen Ebenen den Skandal auch weiter Skandal nennen. Bereits 1998 wurden einem Offenen Brief auf das Problem NSLB - GEW aufmerksam gemacht. Neun Jahre später ist dies um so nötiger! Auch wenn in manchen GEW-Kreisen das ganze als "Ablenkung von der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit" aufgenommen wird und die Debatte als "unnötig" oder gar als "Brunnenvergiftung" aufgefasst wird, gibt es doch eine gewichtige Gruppierung in der GEW - insbesondere bei den jüngeren Mitgliedern - die mögliche Methode der Erstickung der Debatte innerhalb der GEW ablehnt, vor allem auch unter den studentischen Mitgliedern und zukünftigen GEW-Mitgliedern (siehe z. B. auch die Debatte um die "Argumente gegen das Deutschlandlied").

Dass bisher bereits der AStA der Frankfurter und der AStA der Bremer Universität den aktuellen Offenen Brief nach Diskussionen und Abstimmungen unterstützen - weitere Unterstützungen werden folgen - zeigt, dass es nicht gelingen wird, diese Debatte zu personalisieren oder unter den Teppich zu kehren. Die Auseinandersetzung hat gerade erst begonnen und wird verschärft und dem Thema angemessen fortgesetzt werden müssen.

Benjamin Ortmeyer, Frankfurt am Main, den 14.07.2007

PS: BILDUNGSINTERNATIONALE - Kongress in Berlin 22-29-Juli 2007

Die Übersetzungen in viele Sprachen (englisch, französisch, spanisch, türkisch, iranisch, italienisch, hebräisch, und griechisch liegen bereits vor; polnisch, kurdisch, arabisch und serbokroatisch, werden folgen) ist kein Selbstzweck. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus anderen Ländern hier in Deutschland und international sollen darüber informiert werden, wie die GEW 62 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur noch mit der Frage konfrontiert ist, wie mit dem nazistischen Erbe umgegangen werden soll und welche Konsequenzen es hat, wenn die eigene Vergangenheit nicht systematisch aufgearbeitet wird, wie es bei der GEW der Fall ist. Die Befürchtung, dass dann der ganze Kongress nur diese Frage diskutiert, ist unbegründet. Es wird möglicherweise darüber Diskussion und Debatten am Rande geben, aber es war und ist kein Tagesordnungspunkt. Ängste in dieser Hinsicht sind unangebracht.

"Einmischung in Hamburg?"

Auch alle Ausführungen, dass es keine "Einmischung" vom Hauptvorstand etc. in Hamburger Angelegenheiten geben dürfe, ist unangebracht. Es handelt sich um eine ÖFFENTLICHE DISKUSSION, die spätestens nach der Veröffentlichung in der Frankfurter Rundschau bundesweit geführt wird. Sie muss daher vor allem öffentlich weiter geführt werden, zumal die schlimmsten Positionen öffentlich nach dem Landesvorstandsbeschluss der Presse gegenüber geäußert wurden.

(Vorwort zur 2. Auflage vom 14.7.07 zum Offenen Brief von Benjamin Ortmeyer an den GEW Hauptvorstand und die Mitglieder der GEW)

Geld heilt alle Wunden. Oder?

Ro 19 ist verkauft. Bernhard Nette und Stefan Romey ziehen Bilanz

In seiner Pressemitteilung vom 27.2.2013 zum Verkauf der Villa Rothenbaumchaussee 19 („Ro 19") an die chassidische Organisation Chabad Lubawitsch e.V. betont der Hamburger GEW-Vorsitzende Klaus Bullan, die GEW Hamburg wolle damit *„einen Beitrag zur Stärkung jüdischen Lebens in Hamburg und besonders hier in Rotherbaum leisten"*. Die GEW Hamburg erhält 2,5 Millionen Euro, wovon sie 400.000 € an die Jüdische Gemeinde spenden will (Reingewinn also 2,1 Millionen €). Bereits im Rechenschaftsbericht zum Gewerkschaftstag im April 2012 hatten die beiden Vorsitzenden, Klaus Bullan und Sigrid Strauss, erklärt: *„Mit dem Verkauf an eine jüdische Organisation, deren Repräsentant seine Wurzeln in Hamburg hat, trägt die GEW ihrer Verantwortung aus dem Erwerb des Hauses und der öffentlichen Kritik daran Rechnung und kommt zu einer konsensuellen Lösung, die auch wirtschaftlich für die GEW tragbar ist."*

Verantwortung beschränkt sich hier auf eine von der GEW-Spitze als finanziell tragbar definierte Lösung. »Konsensuell«, also übereinstimmend mit den unterschiedlichen Meinungen in der GEW, aber auch mit den eindeutigen Befunden der Geschichtsforschung ist sie nicht.

Vor sechs Jahren hatte Bullan sich noch sehr entschieden dagegen ausgesprochen, das jüdische Leben durch die Errichtung eines Jüdischen Museums in Ro 19 zu stärken. Damals hatten alle Parteien in der Bürgerschaft, die Kultur- sowie die Finanzbehörde als auch der ehemalige Bürgermeister Ole von Beust diese Initiative unterstützt. Die GEW Hamburg hätte einen ähnlichen Kaufpreis wie heute erzielen können (2 Millionen Euro). Die historische Chance war da, dass Hamburg ein Jüdisches Museum erhält. Die Gewerkschaft hätte sich verantwortlich im Umgang mit ihrem arisierten Erbe zeigen können und hätte zugleich – das Haus sollte ja verkauft und nur ein geringer Teil der Verkaufssumme gespendet werden – sich nicht selbst in finanzielle Schwierigkeiten begeben müssen. Frank Bajohr, Historiker an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, fasste die damalige Diskussion zusammen: *„Sollte es tatsächlich zu einem Jüdischen Museum in Rothenbaumchaussee 19 kommen und die GEW ihren Beitrag zum Zustandekommen leisten, dann wäre dies wirklich ein sehr seltener Fall, in dem eine Organisation nicht nur einen schwarzen Fleck der Verbandsgeschichte selbstkritisch aufarbeitet, sondern daraus noch ein erfolgreiches, in die Zukunft gerichtetes Erinnerungsprojekt für die ganze Stadt macht"*. Wie bekannt, folgte die Mehrheit der Delegierten in der Landesvertreterversammlung 2007 den Vorstellungen Klaus Bullans. Er wollte Ro 19 nicht unter der Maßgabe verkaufen, dort ein Jüdisches Museum einzurichten. Es kam zu keiner selbstkritischen Aufarbeitung – im Gegenteil. Das Hamburger Abendblatt titelte am 23.4.2007 ganzseitig: *„Gewerkschaft behält jüdische Villa"*. Klaus Bullan wurde zu den Gründen zitiert: *„Eine Trennung haben wir nicht als notwendig angesehen. (...) Wir sind gegenwärtig auf die Mieteinnahmen aus dem Haus angewiesen"*. Innergewerkschaftlich assistierte ihm damals Herbert Ankenbrand, der Aufsichtsratsvorsitzende der Vermögenstreuhandgesellschaft (VTG) der GEW, mit ähnlichen Finanzargumenten. Würde er – wie von einer 2005 eingerichteten Arbeitsgruppe mit Nette und Romey gefordert – einer Herauslösung von Ro 19 aus dem GEW-Vermögen zustimmen, würde er als Aufsichtsratsvorsitzender der VTG seine Treuepflicht gegenüber der GEW verletzen und sich quasi strafbar machen! Noch 2010 war er nicht gewillt, sich mit Nettes und Romeys *„purem Egoismus und radikaler Selbstbehauptung als einer zur Willkür entarteten Freiheit abzufinden"*. (H. Ankenbrand: *Anmerkung zu Bernhard Nettes / Stefan Romeys Ro 19-Buchveröffentlichung und ihrer Polittbüro-Aufführung Ende Januar 2010*. Ankenbrands Text wurde erstmals auf der LVV am 26.4.2010 verteilt) Drei Jahre später freute er sich zusammen mit Bullan, dass beim Verkauf von Ro 19 an Chabad alles „in trockenen Tüchern" sei (so in der hlz 5-6/2012). Natürlich machen sich die Spitzen der GEW und der VTG damit heute genauso wenig strafbar, wie sie es vor sechs Jahren getan hätten. Offensichtlich wollte man einfach kein Jüdisches Museum in Ro 19.

Frank Bajohr – zuvor noch beeindruckt von den Plänen, Ro 19 in ein Jüdisches Museum umzugestalten – schrieb, dass jetzt *„historische Fakten in einer Weise interpretiert und zurechtgebogen werden können, dass sie den finanziellen Interessen nicht im Wege stehen."*

Die Gewerkschaftsspitze setzte fortan auf Zeit, die Erinne-

rung an das Geschehene werde schon nachlassen. Zeit heile ja bekanntlich alle Wunden. Eine »Selbstbeschränkung« der hlz – andere sprechen eher von einem Äußerungsverbot – verstärkte das Vorhaben „Aus den Augen, aus dem Sinn." Die Redaktion der Gewerkschaftszeitschrift ließ nichts mehr zu Ro 19 veröffentlichen - außer der Position der Vorsitzenden. Im Landesvorstand hatte der Redaktionsleiter der hlz, Jochen Geffers, zwar noch 2009 erklärt, für ihn gebe es nicht „*ein bisschen Arisierung*", die „*politisch-moralische Dimension der ganzen Sache*" verlange die Rückgabe des Hauses. Warum dann die »Selbstbeschränkung« der hlz?

Vom Abendblatt zur innergewerkschaftlichen Kontroverse befragt, hatte Bullan im Interview vom April 2007 zur öffentlichen Debatte noch geantwortet: „*Das muss man aushalten*". Austritte, Ausschlüsse, Rücktritte vieler engagierter Mitglieder waren die Folge seiner ablehnenden Haltung zur Errichtung eines Jüdischen Museums in Ro 19. Der zwei Jahre später gestellte Antrag, Gespräche mit denjenigen Kolleginnen und Kollegen zu führen, die wegen der Beschlusslage zu Ro 19 aus der GEW Hamburg ausgetreten waren, um sie zum Wiedereintritt zu bewegen, wurde von der Landesvertreterversammlung 2009 abgelehnt.

Ob die innergewerkschaftliche Debatte über Ro 19 mit dem jetzigen Verkauf an Chabad – wie gewünscht - beendet ist, bleibt fraglich. Das „Neue Deutschland" vom 1.März 2013 gibt in dem Artikel „*Die braune Last der GEW*" hierfür eine nachvollziehbare Erklärung: Die GEW scheue sich weiterhin einzugestehen, dass sie von der NS-Arisierungspolitik profitiert habe. Die taz.hamburg titelte am 5. März 2013: „*Arisierte Villa verkauft. Wie die Lehrergewerkschaft einen Schlussstrich unter ein hässliches Kapitel ihrer jüngsten Geschichte ziehen will – und es nur halb schafft.*" Dabei wäre es doch so einfach: Im Frühjahr 2008 wurde eine Erinnerungstafel an das Haus Ro 19 angebracht. Der Text war einstimmig im Landesvorstand der GEW beschlossen worden. Dort heißt es u.a. über die jüdischen Vorbesitzer von Ro 19: „*Sie verkauften es 1935 in einer Zeit zunehmenden antisemitischen Verfolgungsdrucks unter Wert an den Nationalsozialistischen Lehrerbund. Die Vorbesitzer... flohen 1936/37 vor dem NS-Terror zunächst in die Schweiz, von dort in die USA*". Das ist Arisierung. Das war noch vor fünf Jahren einhellige Meinung der GEW Hamburg. Das war und ist in der Geschichtsforschung unbestritten. Klaus Bullan möchte beim jetzigen Verkauf die Verfolgung der jüdischen Vorbesitzer und den Zwangsverkauf aber anders interpretieren. So schreibt er in der Presseerklärung vom 27.2.2013 ver-klaus-uliert: „*Auch wenn eine Reihe von Tatsachen dafür sprechen, dass die früheren Eigentümer den Verkauf im Jahre 1935 nicht in den Kontext nationalsozialistischer Verfolgung eingeordnet haben, können wir natürlich nicht mit Sicherheit sagen, dass es kein Zwangsverkauf war*". Bullan will offen lassen, ob die jüdischen Vorbesitzer von Ro 19 »verfolgungsbedingt« haben verkaufen müssen. Für den Vorsitzenden der Vermögenstreuhand ist die Sache noch klarer. In der taz vom 5.3.2013 heißt es: „*Die jüdischen Voreigentümer und ihre Erben hätten sich nicht als Geschädigte betrachtet, sagt Herbert Ankenbrand*".

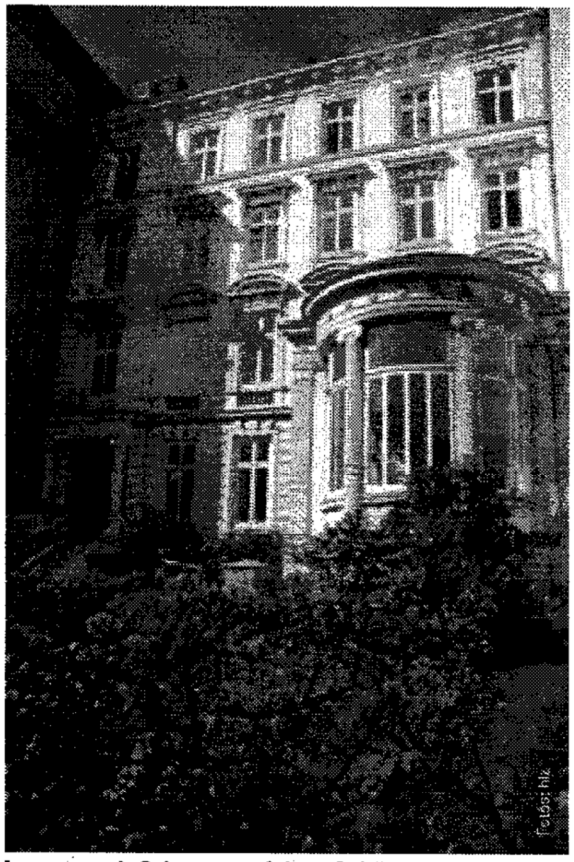
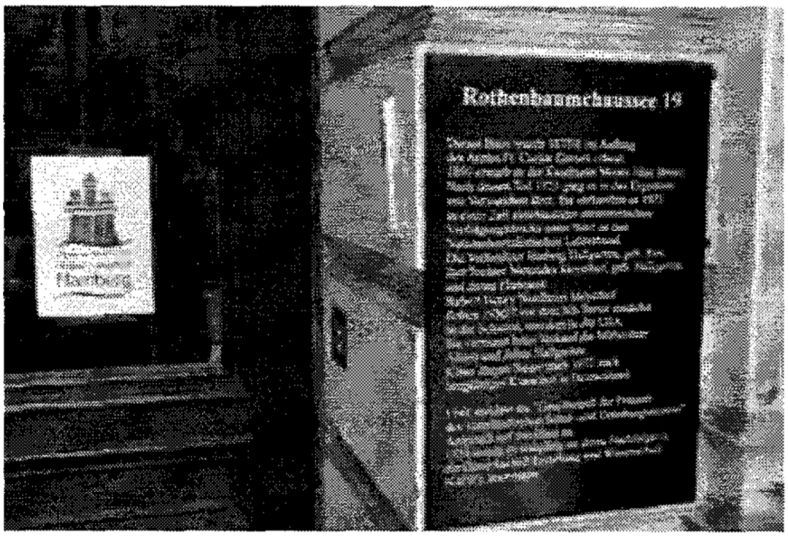


Foto: hlz

Immer noch Schatten auf dem Gebäude neben dem Curio-Haus an der Rothenbaumchaussee 19 (Ro19)?

In unserem Buch „*Die Lehrergewerkschaft und ihr »Arisierungserbe«. Die GEW, das Geld und die Moral*" haben wir sehr ausführlich und minutiös nachgewiesen, dass der Verkauf von Ro 19 an den Nationalsozialistischen Lehrerbund zwei Jahre nach der Machtübernahme durch die Nazis Arisierung war. Wir haben auch die nach 1945 von der Gewerkschaft angestrebte Rechtsnachfolge vom NSLB zur GEW aufgedeckt. Die Lehrergewerkschaft wollte in den Besitz der durch die Alliierten beschlagnahmten Immobilie Ro 19 kommen. Die Alliierten gingen von Arisierung aus.

An der politisch-moralischen Einstellung der Vorsitzenden der GEW Hamburg und des Aufsichtsrates der VTG hat sich bis heute offensichtlich nichts ge-



Gedenktafel und Hinweis auf neue Eigentumsverhältnisse

ändert. Warum also jetzt doch ein Verkauf? Durch einen möglichen Verlust des bisherigen Ro-19-Mieters hätten für eine Neuvermietung grundlegende Sanierungsarbeiten geleistet werden müssen. Es gibt nämlich einen erheblichen Renovierungsstau. Da über viele Jahre keine Rücklagen gebildet wurden, hätten umfangreiche Kredite für notwendige Reparaturen aufgenommen werden müssen.

Wie auch immer. Als Vorsitzender der GEW Hamburg glaubt Klaus Bullan jedenfalls, dass der Verkauf von Ro 19 und die Spende an die Jüdische Gemeinde ausreichend für die Übernahme von historischer Verantwortung seien. Durch die wohlwollenden Worte des Vorsitzenden von Chabad Lubawitsch e.V. zum Ankauf von Ro 19 und des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zur Spende fühlt er sich bestätigt.

Geld heilt keine Wunden. Es ersetzt nicht die Auseinandersetzung mit historischem Unrecht. Die Wunde bleibt offen, wenn Geschehenes wie die Arisierung von Ro 19 verneint wird. Erinnerungsabwehr aufgeben erleichtert hingegen die eigene Standortbestimmung und trägt dazu bei, tatsächlich geschichtliche Verantwortung zu übernehmen und politisch-moralische Grundsätze zu entwickeln und einzunehmen.

P.S.: Der Ablasshandel ist selbst in der katholischen Kirche seit über 400 Jahren streng verboten. Allerdings versprach der neue Papst Franziskus am 13. März 2013 auf dem Balkon des Petersdomes, wer ihm jetzt zuschaue, dem würden alle Sünden vergeben. Hoffentlich haben die Spitzen der GEW und der VTG genau hingeschaut.

BERNHARD NETTE,
STEFAN ROMEY

hlz – Zeitschrift der GEW Hamburg 4-5/2013

DIENSTAG, 5. MÄRZ 2013 24

taz.hamburg

www.taz.de | redaktion@taz-nord.de | Harkortstraße 81 | 22765 Hamburg

Arisierte Villa verkauft

NAZI-ERBE Wie die Lehrergewerkschaft einen Schlussstrich unter ein hässliches Kapitel ihrer jüngsten Geschichte ziehen will – und es nur halb schafft

Die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat ihre Villa in der Rothenbaumchaussee 19 an die chassidische Organisation Chabad Lubawitsch verkauft. „Wir wollen damit einen Beitrag zur Stärkung jüdischen Lebens hier im Rotherbaum leisten", schreibt der Hamburger GEW-Chef Klaus Bullan in einer Pressemitteilung – die Lehrergewerkschaft hat ihre Zentrale wenige Häuser weiter im Curiohaus. Der Verkauf erfolgte bereits zum Jahreswechsel, wurde aber erst jetzt bekannt.

Für den „günstigen Kaufpreis von 2,5 Millionen Euro" habe die „Ro19" den Besitzer gewechselt, so Bullan. 400.000 Euro spendet die Gewerkschaft aus dem Erlös an die Jüdische Gemeinde Hamburg. Die hatte selbst Interesse an der Gründerzeit-Villa gehabt, den Kaufpreis aber nicht aufbringen können.

1935 hatte der Nationalsozialistische Lehrerbund das Gebäude von dessen jüdischen Vorbesitzern gekauft – unter Marktwert, für 40.000 Reichsmark. Dennoch steht die GEW Hamburg bis heute auf dem Standpunkt, dass es sich nicht unbedingt um einen Fall von Arisierung handele. Die jüdischen Voreigentümer und ihre Erben hätten sich nicht als Geschädigte betrachtet, sagt Herbert Ankenbrand, Aufsichtsratsvorsitzender der GEW-Vermögenstreuhandgesellschaft. Das zeige sich etwa daran, dass sie in anderen Fällen Anträge auf Wiedergutmachung gestellt hätten, „nicht aber bei der Ro19".

Jahrelang hatte die GEW Hamburg über die Frage der Arisierung gestritten. Die GEW-Dissidenten Bernhard Nette und Stefan Romey haben über den Fall sogar ein Buch geschrieben: „Die Lehrergewerkschaft und ihr ‚Arisierungserbe': Die GEW, das Geld und die Moral". Sie vertreten die These, dass es 1935 kaum möglich war, nicht von „Arisierung" zu sprechen, wenn jüdisches Eigentum von Nazi-Organisationen gekauft wurde. Mit der Machtübernahme der Nazis habe für Juden ein „Verfolgungsdruck" bestanden.

„Können nicht sicher sagen, dass es kein Zwangsverkauf war"

KLAUS BULLAN, GEW-CHEF

Der jetzige Marktwert des Hauses liege „sicherlich über dem erzielten Verkaufserlös in Höhe von 2,1 Millionen Euro", schreiben Nette und Romey in einer Erklärung zum Verkauf an Chabad Lubawitsch. Im Vergleich zum Ankaufswert von 40.000 Reichsmark sei jedoch ein „außerordentlicher Gewinnsprung" zu verzeichnen, allein die Mieteinnahmen für die GEW beliefen sich auf umgerechnet mindestens sechs Millionen Euro.

GEW-Chef Bullan ringt sich in seiner Presseerklärung immerhin zu der Formulierung durch, man könne „natürlich nicht mit Sicherheit sagen, dass es kein Zwangsverkauf war". Von „Arisierung" ist wohlweislich nicht die Rede. **WIE**

Kein Witz.....

„Die GEW hat keine Angst vorm Streiten. Sie ist eine Mitmach-Gewerkschaft. In ihr machen nicht nur die Funktionäre Politik. Jedes einzelne Mitglied kann in und mit der GEW eine ganze Menge bewegen. Das garantiert der föderalistische und demokratische Aufbau. Die Willensbildung vollzieht sich von "unten" nach "oben", vom GEW-Kreisverband in die Gremien auf Landes- und Bundesebene. Ergänzt wird die Willensbildung durch die Arbeit von Fach- und Arbeitsgruppen sowie Personengruppen.

Gefragt ist die aktive Mitarbeit und Mitentscheidung aller GEW-Mitglieder. In einer Organisation, in der die Lehrstuhlinhaberin an der Universität ebenso gut aufgehoben ist wie der Erzieher in der Kindertagesstätte, ist Meinungsvielfalt unerlässlich.

Die GEW sucht den produktiven Dialog und - wenn es sein muss - auch den Streit nach innen und außen. Dies ist der Weg, um in allen relevanten Fragen auf der Höhe der Zeit zu bleiben und Verkrustungen zu vermeiden."

http://www.gew-frankfurt.de/index.php?id=2

Kontakt: BOrtmeyer@t-online.de